



metallzeitung

FÜR ARBEIT UND SOZIALE GERECHTIGKEIT | WWW.IGMETALL.DE

AKTUELL

SEITE 4

**Tarifrunde 2008:
Jetzt Warnstreiks**

LEBEN

SEITE 20

**Richtig sitzen
am Computer**

ARBEIT

SEITE 25

**Studieren ohne
Abitur – so geht's**

BEZIRK

SEITE 28



Und jetzt?

THEMEN IM HEFT



Foto: Kai Pfaffenbach / Reuters

Mehr Politik wagen

Die aktuelle Finanzkrise ist eine Folge des Casinokapitalismus. Die Bundesregierung hat Gesetze verabschiedet, die dem künftig Einhalt gebieten. Doch wie geht es nun weiter? Die Finanzmarktkrise könnte ein Fenster für mehr Politik, mehr Demokratie und mehr Gestaltungsmöglichkeiten öffnen. Eine Herausforderung für Politik, Wirtschaft und IG Metall. Und: Eine Gelegenheit, wieder mehr soziale Gerechtigkeit zu schaffen. Gerade auch in der aktuellen Tarifrunde.

SEITE 10 BIS 13

Foto: IG Metall

Aktionen rund um die Tarifrunde

Bis zum Redaktionsschluss legten die Arbeitgeber kein passables Angebot vor. Vielerorts gab es bereits Aktionen. **SEITE 4**



Foto: Jo Rütgers / graffiti-foto.de

Metallerin und Meisterin

Heike Richter ist die erste und einzige Produktionsmeisterin im Mercedes-Benz-Werk Untertürkheim in Stuttgart. **SEITE 17**



Foto: Peter Endig / ZB / pa

Keine Praxisgebühr bei Vorsorge

Kassenpatienten müssen in der Regel zehn Euro Praxisgebühr zahlen. Die Ausnahme: Vorsorgeuntersuchungen. **SEITE 18**

Anzeige

IMPRESSUM metallzeitung, die Mitglieder-Zeitung der IG Metall

Herausgeber: Berthold Huber,
Detlef Wetzels, Bertin Eichler

Anschrift: Redaktion **metallzeitung**
Wilhelm-Leuschner-Straße 79
60329 Frankfurt am Main
Telefon 069-66 93-26 33
Fax 0 69-66 93-2000
E-Mail: metallzeitung@igmetall.de

Redaktionsleiterin:
Susanne Rohmund (verantw. i.S.d.P.)

Chefredakteurin:
Susanne Rohmund

Chefin vom Dienst:
Ilka Grobe

Redaktion:
Fritz Arndt, Dirk Erb, Martina
Helmerich, Sylvia Koppelberg,
Fabienne Melzer, Antonela Pelivan

Gestaltung: Gudrun Wichelhaus
Bildredaktion: Michael Schinke

Sekretariat:
Marion Brunsfeld
Internet:
www.igmetall.de

Anzeigen:
Patricia Schledz
Telefon 061 51-81 27-200,
Fax 0 61 51-89 30 98
E-Mail: schledz@zweiplus.de

Vertrieb: Reinhold Weißmann
Telefon 069-66 93-22 24,
Fax 0 69-66 93-25 38
E-Mail: vertrieb@igmetall.de

metallzeitung erscheint monatlich
(zwölf Mal im Jahr). Für Mitglieder
der IG Metall ist der Bezug im
Beitrag enthalten. Das Papier,
auf dem die **metallzeitung** gedruckt
wird, besteht zu 70 Prozent aus
Altpapier und zu 30 Prozent
aus PEFC-zertifiziertem Holz, das
aus nachhaltiger Waldbewirt-
schaftung in Bayern und Baden-
Württemberg stammt.

Druck: apm AG, Darmstadt.



Für Sehbehinderte: Angebot für sehbehinderte und blinde Mitglieder: metallzeitung gibt es als Word- oder PDF-Datei. Bestellung an: vertrieb@igmetall.de

TARIFRUNDE 2008



Berthold Huber, Erster Vorsitzender der IG Metall, über die Tarifrunde der Metall- und Elektroindustrie und darüber, warum die Forderung von acht Prozent richtig ist.

Foto: Gaby Gerster

Handlungsfähige Politik und stabile Wirtschaft

Ein fairer Tarifabschluss schafft Vertrauen und Sicherheit für die Konsumenten, die Arbeitgeber und die deutsche Wirtschaft.

Die Finanzkrise hat die Welt erschüttert. Die Immobilienblase in den USA ist geplatzt. Inzwischen ist ein ganzes Kartenhaus an undurchsichtigen Geschäften eingestürzt. Die Regierungen der Industrienationen haben den wirtschaftlichen Zusammenbruch mit ihren Rettungspaketen verhindert. Damit haben sie bewiesen: Politik ist handlungsfähig. Gierige Finanzjongleure und ihre willfährigen »Experten« haben dagegen auf ganzer Linie versagt.

Zuallererst brauchen wir jetzt klare und nachvollziehbare Regeln für sichere Finanzgeschäfte.

Wohlstand wird durch Arbeit geschaffen und eben nicht durch Hedgefonds, Leerverkäufe oder Zweckgesellschaften in Steuerparadiesen. Gemeinsam mit der Politik müssen wir für eine soziale Marktwirtschaft kämpfen, die diesen Namen auch verdient. Nur dann haben wir eine Chance, dass sich unsere Wirtschaft auf Dauer stabilisiert. Und endlich wieder denjenigen dient, die wirtschaftlichen Erfolg schaffen: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

Die Arbeitgeber der Metall- und Elektroindustrie verharren dagegen noch in der alten Logik. Sie versuchen, die Finanzkrise für den eigenen Vorteil zu nutzen. Das ist unredlich, gefährlich und falsch. Aus einer starken Metall- und Elektroindustrie mit einmaligen Rekordgewinnen wird nicht über Nacht ein Notleidender Patient. Die Auftragsbücher sind gut gefüllt, die Produktion ist weiter auf hohem Niveau.

Mit ihrer Weigerung, am 22. Oktober ein Angebot vorzulegen, haben die Metall-Arbeitgeber der deutschen Wirtschaft geschadet. Wir brauchen in dieser Situation rasch einen stabilen und verlässlichen Abschluss. Nur Verbraucher, die Vertrauen haben, werden konsumieren. Die Arbeitgeber können mit verlässlichen Daten planen. Wenn ein angemessenes Arbeitgeber-Angebot vorliegt, ist die IG Metall jederzeit zu Verhandlungen bereit. Sollten die Arbeitgeber weiter versuchen, die Finanzkrise zu ihren Gunsten zu nutzen, werden wir für einen fairen Abschluss kämpfen.

Berthold Huber

ALLES AUF EINEN BLICK

AKTUELL

- 4 **Tarifrunde 2008**
Ohne Druck durch Warnstreiks bieten die Arbeitgeber nichts.
- 5 **Kampf um einen Tarifvertrag**
Dematic-Beschäftigte lassen sich weiterhin nichts gefallen.
- 6 **Schicksalstag 9. November**
90 Jahre Revolution – 70 Jahre Pogrom
- 7 **Gesundheitsfonds**
Bundesregierung verteilt das Geld zwischen den Kassen.
- 8 **Interview**
Otto-Brenner-Preisträgerin Andrea Röpke über Neonazis
- 9 **Irritationen bei Siemens**
Siemens-Beschäftigte nur auf freiwilliger Basis abbauen

LEBEN

- 16 **Leserbriefe und Leserfoto**
- 17 **Porträt**
Zu Besuch bei Heike Richter, Meisterin bei Mercedes-Benz
- 18 **Recht so**
Befristete Arbeitsverträge müssen begründet werden.
- 19 **Service für Mitglieder**
Bei Vorsorge und Impfung keine Praxisgebühr
- 20 **Guter Rat**
Bauch rein, Brust raus: Richtig sitzen am Computer
- 21 **Rätsel**
Erster Preis: Zwei Nächte für zwei Personen im »Avalon Hotel Berlin«

ARBEIT

- 10 **Mehr Moral für die Märkte**
In der aktuellen Tarifrunde 2008 geht es um Gerechtigkeit und Wachstum. Vor und nach der Finanzkrise. Die IG Metall hält die Forderung für die Metall- und Elektroindustrie von acht Prozent weiterhin für angemessen.
- 22 **Da geht was**
Bei Flender in Bochholt: Mitglieder gewinnen
- 24 **Tipps für den Job**
Blackberry und Co: In der Freizeit einfach abschalten!
- 25 **Besser mit Bildung**
Studieren ohne Abitur – der dritte Bildungsweg
- 26 **Ökonomie mal anders**
Metallerin Margit Köppen zur aktuellen Lage der Wirtschaft
- 27 **Von A bis Z – das Stichwort**
Der Gesundheitsfonds

TITEL

REPORTAGE

- 14 **Tarifverhandlung vor Ort**
Warum die Tarifrunde ein demokratischer Prozess ist. **metallzeitung** war vor Ort und hat ein Mitglied der Tarifkommission begleitet.

BEZIRK / LOKALES

- 28 **Aus den Bezirken**
- 30 **Lokales / Karikatur**

LESER-FOTOWETTBEWERB



Foto: Rositha Köttig

Fotos zum Thema Arbeitswelt gesucht: Die besten Leserfotos werden veröffentlicht, wie diesmal auf dem Schichtkalender 2009, der beiliegt. Mehr Infos unter: www.igmetall.de/metallzeitung

TARIFRUNDE

Metaller machen ihre Rechnung auf

Wenn es keinen Druck durch Warnstreiks gibt, bieten die Arbeitgeber nichts an, was aus Sicht von Metall-Beschäftigten diskussionswürdig ist. Diese alte Regel scheint sich in der Metall-Tarifrunde 2008 wieder zu bestätigen. Die Arbeitgeber haben darauf gesetzt, aus der Finanzkrise Kapital schlagen zu können. Diese Rechnung geht nicht auf.

Unterstützung von ungewohnter Seite. Wirtschaftsexperten, die nicht im Verdacht stehen, gewerkschaftsfreundlich zu sein, fordern plötzlich: Die Binnen-nachfrage muss gestärkt werden – um die Konjunktur zu stützen und die Wirtschaft zu stabilisieren. Weil der Exportmotor wegen der schwächelnden Weltwirtschaft ins Stottern gerät. So fordert zum Beispiel Thomas Straubhaar vom Hamburgischen Weltwirtschaftsinstitut, den privaten Konsum zu beleben. Genau das, was auch die IG Metall in dieser Tarifrunde erreichen will. Berthold Huber, der Erste Vorsitzende der IG Metall, nennt die Tarifforderung darum einen »Stabilitätsfaktor für die Konjunktur«.

Die Tarifierhöhungen erst einmal aussetzen, wie einige Arbeitgeber im Oktober gefordert haben, lehnt die IG Metall strikt ab. »Wir brauchen jetzt Wachstum«, sagt Helga Schwitzer, die im IG Metall-Vorstand für Tarifpolitik zuständig ist. »Und Stabilität – und Verlässlichkeit.« Für die Beschäftigten und die Betriebe. Darum dringt sie wie Huber auf ein schnelles Ergebnis.

Aus beider Sicht gibt es keinen Grund, von den acht Prozent abzurücken. Die meisten Metallbetriebe produzieren bis an die Grenze ihrer Kapazitäten. Die Auftragsbücher sind voll. Und es werden dieses Jahr wieder Rekordgewinne eingefahren.

Die Produktionsstopps in einigen Autowerken wurden meist schon vor Monaten beschlossen. Ursache ist nicht die Finanzkrise, sondern vor allem eine falsche Modellpolitik, wie Betriebsräte von Opel und Ford bestätigen.

Überall zwischen Flensburg und Bodensee haben sich Metall-



Wie im Oktober in Sindelfingen werden auch in der ersten Novemberwoche viele Metaller bei Aktionen mitmachen.

Beschäftigte auf Warnstreiks ab der ersten Novemberwoche eingestellt. Helga Schwitzer sagt: »Mitte November müssen wir wissen: Geht etwas? Oder geht nichts mehr?« Am 10. November will der Vorstand entscheiden, wie es weitergeht.

»Wir begeben uns nicht leichtfertig in einen Arbeitskampf. Aber wenn er unvermeidlich ist, sind wir darauf vorbereitet«, sagt Schwitzer. Die Streikkasse ist jedenfalls gut gefüllt. Die IG Metall hat ihr Geld überwiegend in Renten- und festverzinsliche Papiere angelegt. Huber: »Wenn etwas sicher ist in diesen Tagen, dann ist es die Streikkasse der IG Metall.« ■

Sylvia.Koppelberg@igmetall.de

Arbeitgeber-Ritual

Wieder langes Warten auf ein Angebot

Erst warfen sie der IG Metall vor, »nicht mehr alle Tassen im Schrank« zu haben, dann »Wahrnehmungsstörungen«. Die Metall-Arbeitgeberverbände taten alles, um in der Öffentlichkeit den Eindruck zu vermitteln, dass die Forderung der IG Metall angesichts von Finanzmarktkrise und Abschwung völlig unrealistisch ist.

In NRW und Niedersachsen schlugen die Arbeitgeber vor, die Tarifierhöhung für dieses Jahr auszusetzen und den Beschäftigten nur eine Einmalzahlung zu geben. Jan Stefan Roell, Verhandlungsführer der Arbeitgeber in Baden-Württemberg, präsentierte in der zweiten Runde statt eines Angebots den Gesamtmetall-Vorschlag eines »Metallgipfels«. Der IG Metall-Vorsitzende Berthold Huber wies ein solches Spitzengespräch umgehend als »taktisches Manöver« zur Verzögerung der Verhandlungen zurück. Damit verpassten die Arbeitgeber die Chance auf eine schnelle Einigung. Ob es Ende Oktober ein erstes Angebot gab, stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest. Aktuelle Infos unter:

► www.metall-tarifrunde-2008.de



Dematic-Beschäftigte wollen sich ihren Tarif nicht nehmen lassen.

Streit um Tarifbindung

Dematic-Beschäftigte in Offenbach kämpfen um einen Anerkennungstarifvertrag. Die IG Metall gewinnt dabei neue Mitglieder.

Beim Maschinenbauer Dematic in Offenbach verhärten die Fronten im Tarifstreit. Ende Juni war das Unternehmen aus dem Flächentarifvertrag ausgestiegen. Als Grund nannte Dematic wirtschaftliche Schwierigkeiten. Seither kämpft die Belegschaft um einen Anerkennungstarifvertrag, in dem die Firma die Regeln des Flächentarifs übernimmt. Ein erstes Gespräch zwischen IG Metall und Geschäftsleitung wurde nach zehn

Stunden ergebnislos verhandelt. Die IG Metall bereitet nun eine Urabstimmung vor. Peter Wich von der IG Metall in Offenbach ist zuversichtlich. »Die Leute sind entschlossen und ziehen das durch.« Ihre Zustimmung kann Wich mit Zahlen belegen. Seit Dematic aus dem Flächentarifvertrag ausgestiegen ist, sind 100 Beschäftigte aus allen Standorten in die IG Metall eingetreten. ■

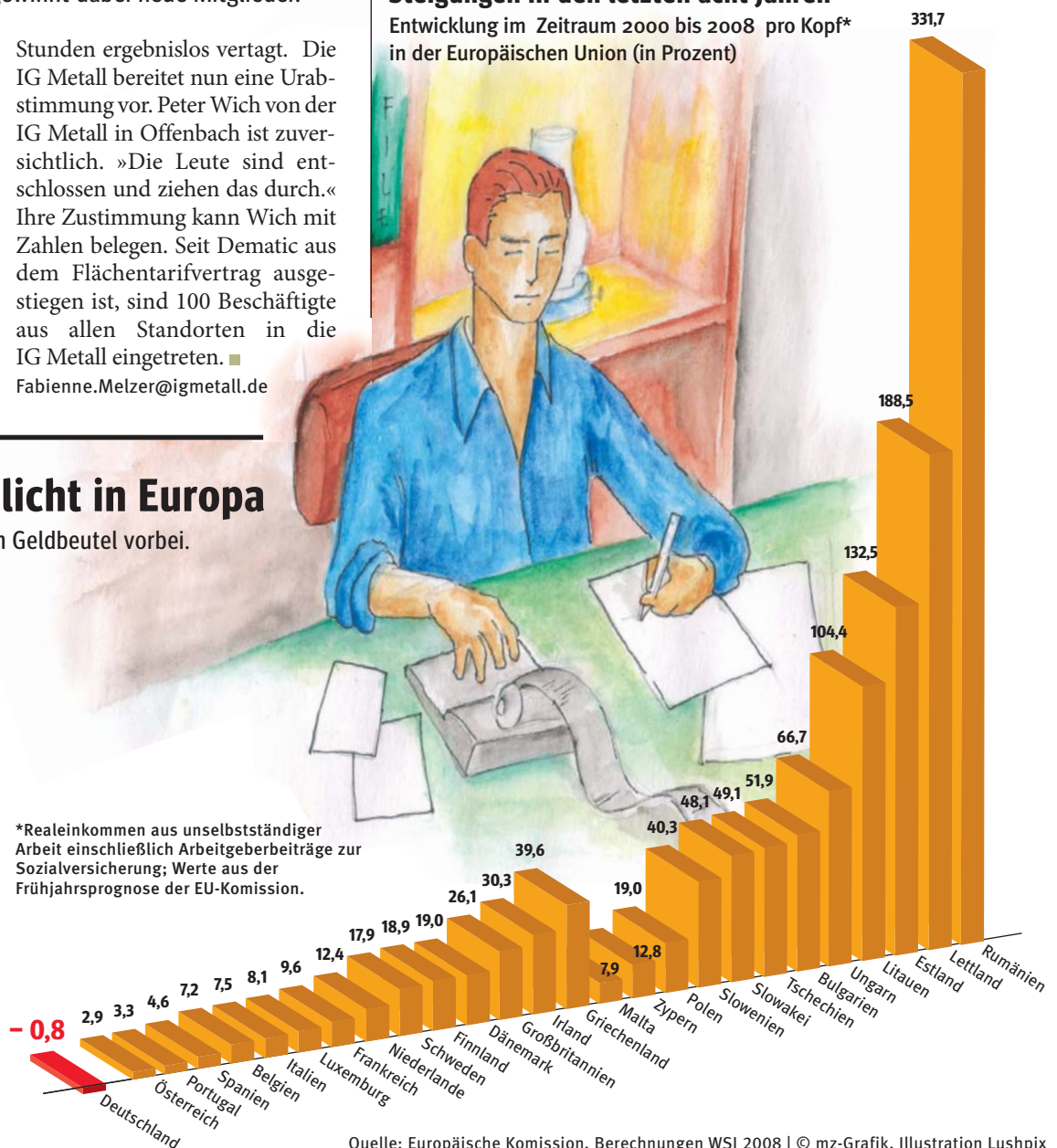
Fabienne.Melzer@igmetall.de

Beim Lohn Schlusslicht in Europa

Der Aufschwung ging am deutschen Geldbeutel vorbei.

Deutschland bremsst die durchschnittliche Lohnentwicklung in Europa. Während Arbeitnehmer in den meisten anderen europäischen Ländern auch nach Abzug der Inflation deutlich mehr Geld bekamen, schrumpften die Real-löhne in Deutschland. Im letzten Jahr sanken sie um 1,1 Prozent. Eine Ursache für die negative Entwicklung: Tarifvertraglich vereinbarte Lohnerhöhungen kommen bei vielen Arbeitnehmern nicht mehr an. Ihr Betrieb ist aus dem Flächentarifvertrag ausgestiegen oder weicht von den tariflichen Standards nach unten ab. In vielen europäischen Ländern lief es dagegen umgekehrt. fam

*Realeinkommen aus unselbstständiger Arbeit einschließlich Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung; Werte aus der Frühjahrsprognose der EU-Kommission.



Quelle: Europäische Kommission, Berechnungen WSI 2008 | © mz-Grafik, Illustration Lushpix

IG Metall-Bezirk Küste hilft über die Grenze

In grenznahen Regionen lohnt sich bei der Arbeitsuche oft auch ein Blick ins Nachbarland. Dabei will die IG Metall im Bezirk Küste ihre Mitglieder unterstützen. Gemeinsam mit der dänischen Gewerkschaft Dansk Metal hilft sie bei der Jobsuche in Dänemark. Denn das Nachbarland bietet nicht nur gute Arbeitsbedingungen, es sucht auch Fachkräfte. Doch oft scheitert der Schritt über die Grenze an fehlenden Sprachkenntnissen

oder zu geringem Wissen über die Besonderheiten des Arbeitsmarkts im Nachbarland.

Die IG Metall informiert über die Rahmenbedingungen in Dänemark, erstellt für Mitglieder eine Chanceneinschätzung und vermittelt Dänischkurse und Betriebspraktika. Sie sucht Arbeitsmöglichkeiten und bereitet auf Bewerbungsgespräche in Dänemark vor. Das Angebot richtet sich an Mitglieder in Hamburg und Schleswig-Holstein. fam

ENTWICKLUNG DER REALLÖHNE

Steigungen in den letzten acht Jahren

Entwicklung im Zeitraum 2000 bis 2008 pro Kopf* in der Europäischen Union (in Prozent)



9. November 1918: Streikende Arbeiter und Soldaten in Berlin, Unter den Linden.



9. November 1938: Jüdischer Laden, Berlin.

DER 9. NOVEMBER: SCHICKSALSTAG DER DEUTSCHEN GESCHICHTE

90 Jahre Revolution – 70 Jahre Pogrom

9. November 1918: In Berlin wird die erste demokratische Republik in Deutschland ausgerufen. Doch alte Eliten und ihre neue Speerspitze, die Nazis, tun alles, um die Republik zu zerstören. 20 Jahre später, am 9. November 1938, inszenieren sie die »Reichskristallnacht« mit offener Gewalt gegen Juden. Beiden Jahrestagen wird jetzt in vielen Veranstaltungen gedacht.

Am 9. November 1918 streiken in Berlin hunderttausende Arbeiter gegen Krieg und Kaiser. Der Sozialdemokrat Philipp Scheidemann und der Kommunist Karl Liebknecht rufen die Republik aus. Begonnen hat die Revolution bei den Matrosen der Marine, die sich weigerten, den Heldentod im »letzten Gefecht« eines längst verlorenen Kriegs zu sterben. Der erste Weltkrieg ist aus. Der Kaiser ist weg.

Die neue Republik ist die Republik der Arbeitnehmer: Gleiches Stimmrecht, auch für Frauen – statt Dreiklassenwahl nach Einkommen. Tarifverträge gelten vor Einzelverträgen. Die tägliche Arbeitszeit wird auf acht Stunden begrenzt. Arbeitnehmer bestimmen durch Betriebsräte mit. Die Mitgliederzahl der Gewerkschaften steigt von einer auf acht Millionen.

Das passt den alten Eliten nicht. Militärs, Stahl- und Kohleindustrielle, Großgrundbesitzer und ihre Schergen kämpfen gegen die

Zeitzeugen im Gespräch

Walter Schneider, Hattingen, 100 Jahre, zum 9. November 1918:

»In der Schule mussten wir immer singen: »Der Kaiser ist ein lieber Mann.« Der war wie ein Gott. Aber Hunger haben wir beim Kaiser gehabt. Es war ja Krieg.



Foto: Privat

Wir haben Rüben im Acker ausgegraben und gegessen. Dann war der Krieg vorbei. Und es hieß plötzlich: »Der Kaiser ist weg.« Ebert wurde Kanzler. Der war Sattler, einer von uns. Zu Hause hat mein Vater mit Freunden offen diskutiert, über Sozialismus und Gewerkschaften. Eine ganz neue Zeit. Ich bin in dieses Denken reingewachsen, ging in den Arbeitersportverein und mit 14 Jahren in die Gewerkschaft.«

Willi Malkomes, Frankfurt am Main, 83 Jahre, zum 9. November 1938:

»Am 10. November morgens bin ich mit der Straßenbahn zur Schule gefahren und wie immer an der Synagoge umgestiegen. Da waren die Fenster eingeschlagen, alles war schwarz verbrannt. Später war ich in der Stadt. Auf der Zeil gab es viele jüdische Geschäfte. Die Scheiben waren eingeschlagen.



Foto: Christoph Kohn

Radios, Elektroteile, zertretene Uhren lagen draußen verstreut. Ich hatte auch einen jüdischen Schulfreund. Er und seine Familie waren danach verschwunden. Doch die Lehrer sagten: »Die sind wie Wanzen in der Wohnung. Die müssen weg.«

Republik: Viele Morde an linken Politikern. Und Putschversuche, die jedoch abgewehrt werden, wie 1920 durch einen Generalstreik.

Die Nazis sind zunächst eine von vielen republikfeindlichen Gruppen. Eine »Straßenbewegung« mit Geld von Industriellen. Ihr Putsch 1923, bewusst am 9. November, misslingt. Doch die alte Elite und die Weltwirtschaftskrise bringen die Nazis 1933 an die Macht.

Im Jahr 1938 wählen die Nazis wieder den 9. November: für inszenierte Ausschreitungen gegen Juden. Zerstörte Synagogen und Geschäfte, Gewalt und Verschleppung. Ein Stimmungstest für den späteren Massenmord an den Juden – dann weniger öffentlich.

Der 9. November ist auch der Tag des Mauerfalls in Berlin 1989. Aber diesmal zufällig. ■

Dirk.Erb@igmetall.de

► www.igmetall.de/metallzeitung

Diagnose Geldmangel

Mit dem Gesundheitsfonds verteilt die Bundesregierung künftig das Geld zwischen den gesetzlichen Krankenkassen.

Mit einem einheitlichen Beitragsatz von 15,5 Prozent startet der Gesundheitsfonds im nächsten Jahr. Hans-Jürgen Urban, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, kritisierte den Beitragsatz als zu hoch für die Versicherten. Das zentrale Problem sieht Urban in der chronischen Unterfinanzierung des Fonds und der einseitigen Belastung der Versicherten durch den geplanten Zusatzbeitrag.

Er warf der Bundesregierung vor, zu wenig gegen die steigenden Kosten im Gesundheitswesen getan zu haben. Stattdessen bürde sie diese nun allein den Versicherten auf. Sollten die Krankenkassen mit ihren Zuweisungen aus dem Fonds nicht auskommen, können sie von den Versi-

cherten einen Zusatzbeitrag verlangen. Pauschal können sie von jedem Versicherten acht Euro erheben oder bis zu einem Prozent des Einkommens, maximal jedoch 36 Euro pro Monat. »Damit entfernt sich die Finanzierung des Gesundheitswesens immer weiter von der Parität«, kritisierte Hans-Jürgen Urban.

Positiv bewertete Urban den neuen Risikostrukturausgleich zwischen den gesetzlichen Krankenkassen. Dadurch erhalten Kassen mehr Geld, wenn sie überdurchschnittlich viele kranke und ältere Menschen versichert haben. Das könnte das Interesse der Krankenkassen verringern, vor allem um junge und gesunde Mitglieder zu werben. (Mehr zum Thema auf Seite 27.) ■

Fabienne.Melzer@igmetall.de



Foto: Frank Rumpenhorst

Bei EDS formiert sich Widerstand gegen den geplanten Stellenabbau.

Beitrittswelle nach Übernahme

HP will beim IT-Dienstleister EDS 1150 Stellen streichen.

Mit einer verlängerten Mittagspause demonstrierten Beschäftigte mehrerer Standorte des IT-Dienstleisters EDS in Rüsselsheim gegen den drohenden Verlust ihrer Arbeitsplätze. Hewlett Packard (HP) hatte das Unternehmen Ende August übernommen und zwei Wochen später angekündigt, jede vierte Stelle zu streichen. Die Gesamtbetriebsratsvorsitzende Sabine Bube warf

HP vor, sich nur an eigenen finanziellen Zielen zu orientieren und nicht an der wirtschaftlichen Lage von EDS. Der IT-Dienstleister hatte sich gerade stabilisiert und schreibt schwarze Zahlen. Auch die IG Metall spürt, dass der Widerstand unter den Beschäftigten zunimmt. Innerhalb von nur drei Monaten vervielfachte sich der Anteil der Gewerkschaftsmitglieder. **fam**



Foto: Marcus Brandt / dpa / pa

Polizisten vor dem Hamburger Laden »Thor Steinar«.

Nazi-Kleidung raus aus Hamburg

»Thor Steinar«-Laden schließt nach IG Metall- und Antifa-Protesten.

Täglich haben junge Metaller, Antifaschisten und Linke vor dem Laden der Neonazi-Kleidermarke »Thor Steinar« in einer Hamburger Einkaufspassage demonstriert. Nun – nach knapp vier Wochen – hat der Vermieter, die HSH-Nordbank, den Vertrag vorzeitig gekündigt. Angeblich hat der Neonaziladen dafür eine sechsstelligen Abfindung kassiert.

»Wir waren ständig vor Ort und haben Passanten aufmerksam gemacht. Und immer waren Polizei und Medien da«, erzählt Metaller Andrew V., der aus Angst vor Nazi-Terror anonym

bleiben will. »Zuerst haben die Leute das nicht kapiert. Sogar ein türkisches Pärchen ist ahnungslos in den Laden reinspaziert.«

Die »Thor Steinar«-Vertriebsgesellschaft Mediatex stand bereits mehrfach vor Gericht. Mediatex betreibt weitere Geschäfte in Leipzig, Dresden, Magdeburg und Berlin. Auch in Berlin gab es Proteste. Dort muss »Thor Steinar« nach einer Räumungsklage jetzt raus. **de**

Mehr Aktionen gegen Thor Steinar:
► www.investigatethorsteinar.blogspot.de

Bundeswehr soll im Innern außen vor bleiben

Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble ist mit seinen Plänen, die Bundeswehr auch im Innern einzusetzen, einstweilen gescheitert. Zwar brachte er den Koalitionsausschuss Anfang Oktober hinter seinen Vorschlag, das Grundgesetz zu ändern. Doch schon zwei Tage später bremsen die Innenpolitiker der SPD-Fraktion den Schäuble-Vorstoß wieder aus.

Der Koalitionsausschuss hatte sich darauf geeinigt, die Bundeswehr »zur Abwehr eines besonders schweren Unglücksfalls« auch im Innern einzusetzen. Die

SPD-Fraktion kritisierte den Gummibegriff »besonders schwerer Unglücksfall« und ließ den Kompromiss platzen. Noch ist unklar, ob die Koalition in dieser Legislaturperiode einen weiteren Anlauf für eine Grundgesetzänderung unternehmen wird. Die SPD-Innenpolitiker halten es aber für höchst unwahrscheinlich.

Die IG Metall hat sich auf ihrem Gewerkschaftstag in Leipzig dafür ausgesprochen, den Einsatz der Bundeswehr im Innern auch in Zukunft auf den Katastrophenfall und humanitäre Zwecke zu beschränken. **fam**

IN KÜRZE

Erfolg für DGB-Handwerker

Mitte September fand in Magdeburg eine Urwahl der Arbeitnehmervertreter für die Vollversammlung ihrer Handwerkskammer statt. Das Besondere: In der Regel sind Kammerwahlen sogenannte Friedenswahlen – in Magdeburg aber traten erstmals zwei Arbeitnehmerlisten gegeneinander an. Die eine Liste stellte der Deutsche Gewerkschaftsbund auf, darunter auch Metalller. Die andere Liste stand der Geschäftsführerin nahe. Verlustreiche Aktiengeschäfte zulasten der Kammer hatten für den Rücktritt der gesamten Vollversammlung gesorgt. Die DGB-Liste gewann. »Ein toller Erfolg«, freut sich Helmut Dittke, Leiter des Handwerkssekretariats des DGB.

Besserer Job mit Bildung

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hat in einer Studie die Bildungsabschlüsse und Arbeitsmarktsituation von 26- bis 35-Jährigen untersucht, die in Deutschland zur Schule gegangen sind. Bei den eingebürgerten Migranten soll der Anteil derer, die keinen Schulabschluss haben, deutlich geringer sein als bei ihren Landsleuten ohne deutschen Pass. Am schlechtesten gestellt seien junge Türken. Die geringere Bildung wirke sich auf die gesamte weitere Karriere aus: Junge Migranten mit deutscher Staatsangehörigkeit sollen beruflich erfolgreicher sein als jene mit nichtdeutschem Pass.

► www.iab.de

Online-Petitionen

Seit September 2005 können sich die Bürger elektronisch beim Bundestag beschweren. Über eine Million Menschen haben in dieser Zeit öffentliche Petitionen mitgezeichnet und in gut 30 000 Beiträgen online diskutiert. Jetzt hat der Ausschuss beschlossen, die sogenannte E-Petition dauerhaft einzurichten. Neu: Statt den bisher zwei Zugängen für öffentliche Petitionen und für Einzelpetitionen gibt es jetzt ein einfaches Online-Formular.

► www.bundestag.de
→ Petitionen

AKTUELL

INTERVIEW



Foto: Mark Mühlhaus / attenzione-foto.com

Die Journalistin Andrea Röpke erhielt in diesem Jahr den Medienprojektpreis der Otto-Brenner-Stiftung. Die Jury würdigte Hartnäckigkeit und Mut der Journalistin: »Andrea Röpkes Arbeit ist praktizierter Verfassungsschutz.«

Den Finger auf Nazis zeigen, wenn andere wegschauen

Die freie Journalistin Andrea Röpke ist in diesem Jahr eine der Otto-Brenner-Preisträgerinnen. Im Interview beschreibt sie die schwierige Recherche für ihre Artikel und Bücher zum Thema Rechtsextremismus. Röpke hofft, dass mehr Menschen hinschauen statt wegsehen.

metallzeitung: Herzlichen Glückwunsch zu Ihrem Preis.

Andrea Röpke: Danke, ich nehme ihn gern stellvertretend für alle Journalisten und Menschen entgegen, die sich für die Aufklärung zum Rechtsextremismus einsetzen.

metallzeitung: Was bedeutet dieser Preis für Sie? Sie haben ja bereits zahlreiche Preise für Ihre Artikel und Bücher erhalten.

Röpke: Momentan gibt er mir ein bisschen Kraft und Mut, den anstehenden Prozess gegen den

Bundesführer der »Heimattreuen deutschen Jugend«, HdJ, durchzustehen. Es ist wichtig, dass man in so einer Zeit nicht alleine da steht. Das ist ein Politprozess, und es wird da sehr schmutzige Wäsche gewaschen werden.

Otto-Brenner-Preis für kritischen Journalismus

Die Otto-Brenner-Stiftung der IG Metall vergibt zum vierten Mal den Preis »Kritischer Journalismus – Gründliche Recherche statt bestellter Wahrheiten«. Der Preis gliedert sich in verschiedene Kategorien.

Das Ziel: Journalisten sollen zu einem kritischen Blick ermutigt werden. Den ersten Preis erhielten in diesem Jahr Anita und Marian Blasberg für ihren Beitrag »Abschiebeflug FHE 6842«, erschienen im Magazin »Leben« der Wochenzeitung »Zeit«.

In der Kategorie »Spezial« gewann Christian Bommaris von der »Berliner Zeitung« für seine Kommentare, Leitartikel und Meinungsbeiträge. In Kooperation mit der Journalistenvereinigung »Netzwerk Recherche« werden zusätzlich drei mit jeweils 5 000 Euro dotierten Recherche-Stipendien vergeben. Die geplanten Themen sind unter anderen »Kinderhandel in der Ukraine« von Clemens Hofmann und »Das Geschäft mit illegalen Einwanderern« von Veronica Frenzel.

metallzeitung: Vor zwei Jahren wurden Sie geschlagen, als Sie vor Ort über die HdJ recherchierten.

Röpke: Die HdJ ist die Kaderschule für junge Nazis. Wir recherchieren seit drei Jahren. Was wir bislang gesehen und dokumentiert haben, ist gruselig. Wir haben versucht das Innerste der HdJ, ihre NS-Ideale und die soldatische Wehrrüchtigung von Kindern, offenzulegen. Sie wollen ungestört wirken – deshalb wurden wir angegriffen.

metallzeitung: Sie warteten damals 45 Minuten bis die Polizei kam. Die Behörden sind nicht besonders hilfreich bei Ihrer Arbeit?

Röpke: Oft reagieren die Behörden nicht, wenn wir sie über Naziverbündnisse informieren oder warnen, wenn Journalisten und Nazigegner in Gefahr sind. Allerdings hat nun auch das Bundesinnenministerium ein Auge auf die HdJ geworfen und Anfang Oktober gab es Hausdurchsuchungen bei den Verantwortlichen dieser Organisation. Vorher kamen immer wieder Ermittler auf uns zu, die nach Informationen und Material fragten – und teils auch Versäumnisse der Behörden einräumten.

metallzeitung: Viele Metallerinnen und Metaller sind ebenfalls aktiv gegen Rechts. Was raten Sie?

Röpke: Nicht einschüchtern lassen! Ich selbst weiß am besten, wie leicht das gesagt ist und wie schwierig das manchmal umzusetzen ist. Alle Aktivitäten der Neonazis sollten wir frühzeitig ernst nehmen und ihnen klare Grenzen setzen! Wir dürfen den Neonazis keinen Raum überlassen. Ich wünsche mir, dass unsere Zivilgesellschaft gegen Alltagsrassismus und Menschenfeindlichkeit offener, selbstbewusster und kreativer angeht. ■

Susanne.Rohmund@igmetall.de

Das komplette Interview unter:

► www.igmetall.de/metallzeitung

Mehr zum Otto-Brenner-Preis:

► www.otto-brenner-preis.de

Mehr Röpke-Artikel und zur HdJ:

► www.mut-gegen-rechte-gewalt.de

Irritationen beim Siemens-Personalabbau

Laut Einigung mit IG Metall und Betriebsrat darf Siemens Beschäftigte nur auf freiwilliger Basis abbauen. Trotzdem gibt es Verunsicherung. IG Metall und Betriebsrat helfen den Betroffenen.

Viele Siemens-Beschäftigte bekamen in den letzten Wochen von ihrem Chef mitgeteilt: Wir brauchen Dich nicht mehr. Wir bieten Dir an, freiwillig zu gehen – per Abfindung, Altersteilzeit oder Versetzung mit Qualifizierungsmaßnahmen.

Der Hintergrund: Siemens hatte im Sommer einen für die IG Metall völlig überzogenen Stellenabbau angekündigt. Doch Gesamtbetriebsrat und IG Metall haben durchgesetzt: Beschäftigte scheiden nur auf freiwilliger Basis aus. Betriebsbedingte Kündigungen sind bis Herbst 2010 ausgeschlossen. Der Betriebsrat prüft im Einzelfall und redet mit – etwa um für Betroffene über eine Personaldrehscheibe eine andere Arbeit im Unternehmen zu finden.

Doch einiges läuft schief. Oft sind profitable – und ohnehin schon überlastete Bereiche – betroffen. »Die nehmen Leute raus, ohne sich zu überlegen, wie die Übrigen das dann dort hinkriegen«, kritisiert Sigrid Heitkamp, Betriebsratsvorsitzende am größten Siemens-Standort in Erlangen. »Außerdem bieten Vorgesetzte zu oft Aufhebungsverträge statt Altersteilzeit oder Versetzung an.«



Foto: Daniel Karmann / dpa / pa

Bei Siemens gibt es bis Herbst 2010 keine betriebsbedingten Kündigungen.

Immerhin: Betriebsrat und IG Metall stehen nicht als Sündenböcke da. Im Gegenteil: Die Beschäftigten suchen und finden Hilfe. »Wir haben seit sechs Wochen von morgens bis abends Beratungsgespräche – oft mit Beschäftigten, die uns bisher fern

waren«, sagt Sigrid Heitkamp. Und tatsächlich wächst auch die Zahl der IG Metall-Mitglieder bei Siemens. ■

Dirk.Erb@igmetall.de

Aktuelle Infos im Siemens-Dialog:
► www.dialog.igmetall.de

PFLAUME DES MONATS

Schelsky und sein »Beitrag zur Demokratie«

Keiner Schuld bewusst ist sich Ex-AUB-Chef Wilhelm Schelsky. Vielleicht ein wenig private Steuerhinterziehung: Luxusvilla, Auto für die Geliebte, 11000 Euro monatlich für die Ex-Frau, Sport- und Wahlkampfspensoring. Aus den Millionen, die Siemens ihm seit Anfang der 90er-Jahre verdeckt zahlte, um die »Arbeitsgemeinschaft unabhängiger Betriebsangehöriger« (AUB) als Gegengewicht zur »kommunistisch unterwanderten IG Metall« aufzubauen. Laut Ex-Siemens-Vorstand Hermann Franz erhoffte sich das Unternehmen, dass »man mit der AUB sinn-

voll über Maßnahmen sprechen kann«. Schelsky sagt, er habe zwar den »von Siemens gestellten Auftrag« erfüllt. Aber korrupte AUB-Betriebsräte?

Niemals. Es sei vielmehr um die »gesellschaftspolitische Verbesserung der Stimmung« gegangen. Eine Mission, die Schelsky dann auch für fast 40 andere Unternehmen auf sich genommen hat: Ein Betriebsrat nach Wunsch. Gerne auch mit AUB-Personal auf Rechnung der Auftragsfirma. Alle Dokumente haben Schelsky und Franz in ihren Privattresoren versteckt. Schelsky findet: Nicht schuldig!



Foto: Daniel Karmann / dpa / pa

NACH DER FINANZKRISE

Mehr soziale Werte statt frei

Mehr als 20 Jahre lang galten der Rückzug des Staats und die Kraft des Marktes als Wundermittel für die deutsche Wirtschaft. Die Folgen dieses Turbokapitalismus: die aktuelle Finanzkrise. Aber auch Sozialabbau, unwürdige Beschäftigungsverhältnisse und marode öffentliche Infrastruktur gehen auf das Konto der Liberalisierung. Der Wettbewerb hat aber auch die Solidargemeinschaft ausgehöhlt. Doch wie geht es nun weiter? Die Finanzmarktkrise könnte ein Fenster für mehr Politik, mehr Demokratie und mehr Gestaltungsmöglichkeiten öffnen. Eine Herausforderung für Politik, Wirtschaft und IG Metall. Und: Eine Gelegenheit, wieder mehr soziale Gerechtigkeit zu schaffen. Gerade auch in der aktuellen Tarifrunde.

Die Tarifforderung von acht Prozent **passt auch** in der Finanzkrise

Die Finanzkrise ändert nichts daran, dass in der Metall- und Elektroindustrie Rekordgewinne eingefahren werden:

■ Die Metall- und Elektroindustrie strotzt weiterhin vor Kraft. Die Renditen sind die höchsten seit Jahrzehnten und die Auftragsbücher sind gut gefüllt.

■ Deutschland hat in den vergangenen Jahren völlig einseitig auf den Export gesetzt. Diese Entwicklung ist wirtschaftlich ungesund. Dies droht sich nun zu rächen, denn es ist mit einer Abschwächung der Weltwirtschaft zu rechnen. In dieser Situation ist es nun ganz entscheidend, dass auch die Arbeitgeber die Binnen-

nachfrage stärken und das gelingt am besten durch höhere Löhne.

■ Nun muss die Konjunktur stabilisiert werden. Ein schneller Tarifabschluss schafft Vertrauen und Sicherheit bei den Beschäftigten. Berthold Huber: »Menschen, die Angst vor der Zukunft haben, kaufen keine Autos.«



er Märkte

Es war ein kalter Tag im Frühjahr 2007. Im Berliner Finanzministerium trafen sich Beamte und eine Delegation der IG Metall. »Es gab Kaffee, Kekse und ein mildes Lächeln«, erinnert sich Babette Fröhlich, Finanzexpertin beim IG Metall Vorstand in Frankfurt. Mehr als ein mildes Lächeln hatten die Finanzbeamten damals nicht übrig für Babette Fröhlich und Margit Köppen, Wirtschaftsfachfrau beim IG Metall-Vorstand, als sie das Zehn-Punkte-Programm der IG Metall für sichere Finanzmärkte vorstellten (siehe Kasten).

Heute, fast eineinhalb Jahre später, lacht im Finanzministerium keiner mehr. Heute geben sie den Metallerinnen Recht. »Jetzt gibt es viele gemeinsame Positionen«, freut sich Babette Fröhlich. Von den zehn Punkten, die die IG Metall-Expertinnen damals vorschlugen, sollen jetzt viele per Gesetz umgesetzt werden.

Das Finanzministerium setzt IG Metall-Politik um? Ja. Die Bankenkrise verändert die Welt. Und das nicht nur im Finanzministerium. Die konservative »Frankfurter Allge-

ne Zeitung« macht sich über das neue Buch »Mehr Kapitalismus wagen« von CDU-Politiker Friedrich Merz lustig. Bundespräsident Horst Köhler – bislang immer stramm auf Marktkurs – fordert plötzlich mehr Moral für die Märkte und wettet gegen Selbstzufriedenheit und Zynismus der Manager. Die »Bild« feiert nach dem Börsencrash die gesetzliche Rente als »sicherste Geldanlage«. Und der Stern kommentiert dies mit: »So weit ist es gekommen.«

Selbst konservative Wissenschaftler kommen zur Besinnung. Der Münchner Ökonom und Markttünger Hans-Werner Sinn erklärt in einem Interview: »Marktwirtschaft ist nicht Anarchie, sondern sie braucht auch Regulierungen.« Und Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann – erst lange abgetaucht – ist immerhin bereit auf seinen Bonus zu verzichten und »ein Zeichen« zu setzen.

Selbst wenn durch diese Geste Ackermanns Festeinkommen immer noch das Hundertfache eines Normalverdieners übersteigt: Die Zeichen stehen für Kapitalisten wie ihn nicht mehr auf »Victory«, nicht mehr auf Sieg.

Es hat lange genug gedauert, dass Politik, Banken und Medien kopfstehen. Vor 25 Jahren veröffentlichte die FDP das sogenannte Lambsdorff-Papier – ihr Manifest der Deregulierung. Vor 14 Jahren wurde die Telekom privatisiert und gab den Startschuss zum aktiven Rückzug des Staats aus der Wirtschaft. Vor zehn Jahren startete Sabine Christiansen ihre Talkshow, um Gewerkschaften darin öffentlich-rechtlich zu steinigen.

Die Chronik geht weiter: Vor acht Jahren wurde die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft gegründet – die Propaganda-

Siegerpose von gestern:
Josef Ackermann,
Chef der Deutschen Bank.



Foto: Oliver Berg / dpa / pa

Die Forderungen der IG Metall für sichere Finanzgeschäfte

Gelegenheit macht Diebe. Gelegenheit macht auch Spekulanten. Deshalb fordert die IG Metall:

■ Ein Haftungsverband aller europäischen Banken muss sicherstellen: Wenn sich eine verzockt, müssen die anderen haften und nicht der Steuerzahler.

■ Jedes Medikament wird vor seiner Zulassung sorgfältig geprüft, warum nicht auch Finanzprodukte, die beispielsweise über die Alterssicherung von Menschen entscheiden?

■ Eine unabhängige, effektive internationale Finanzaufsicht und öffentlich kontrollierte Bewertungsagenturen müssen gegründet werden.

■ Reine Spekulationsgeschäfte – wie zum Beispiel auf dem Devisenmarkt – sollten mit Steuern belegt werden. Mit diesem Geld könnten dann sinnvolle Projekte gefördert werden.

■ Steueroasen, durch die uns Milliarden an Steuermitteln verloren gehen, müssen geschlossen werden.

schine des Arbeitgeberverbands Gesamtmetall. Und vor fast vier Jahren kam Hartz IV, der Gipfel der sozialen Grausamkeiten.

Jetzt endlich scheint die kapitalismusfreundliche Ideologie zu kippen. Und auf die Finanzkrise folgen Taten, wie sie selbst Globalisierungskritiker sie nicht zu fordern wagten. In den USA, wo alles begann, steigt die Bush-Regierung bei Großbanken ein. Ob USA, Asien oder Europa, überall verabschieden Politiker strenge Gesetze, um zu retten, was noch zu retten ist. Auch die Bundesregierung stellt 500 Milliarden Euro bereit, um den Geldkreislauf, das Schmieröl des Kapitalismus, zu retten.

Gibt es nun also einen Epochenwechsel? Kommt eine Rückbesinnung auf eine soziale Marktwirtschaft, die ihren Namen wieder verdient? »Wir brauchen eine grundlegende Reform des Kapitalismus, eine stärkere Mitsprache der Beschäftigten und der Öffentlichkeit«, fordert der Erste Vorsitzende der IG Metall, Berthold Huber. Was Deutschland jetzt aber nicht braucht, ist eine Neuauflage sozialistischer Wirtschaftslenkung wie in der DDR. Huber: »Ich bin Anhänger der sozialen Marktwirtschaft mit einem klaren Primat der Politik über die Ökonomie.« Und das heißt: Es gibt gute Gründe, jetzt endlich neue Wege zu gehen. Neue Wege, um die Gesellschaft wieder gerechter zu gestalten. Eine große Herausforderung für Politik, Wirtschaft und IG Metall.

Denn viele Menschen verstehen derzeit die Welt nicht mehr. »Sie haben das Gefühl, dass mit ungeheuren Summen etwas passiert, das man nicht verstehen kann, und gleichzeitig fehlt hier und da das Geld«,



Foto: Daniel Roland / Keystone / AP

fasst Finanzminister Peer Steinbrück die Stimmungslage zusammen. Wer kann solche Gedanken dem Steuerzahler verübeln? Lange gab es kein Geld für den sozialen Aspekt der Marktwirtschaft.

Rückblende: Ganz oben auf der Sparliste der Bundesregierung: Kindergärten, Schulen und Universitäten. Aber auch Krankenhäuser brauchen dringend Investitionen. Wohnungsbaugenossenschaften verkaufen preiswerte Mietwohnungen an Heuschrecken. Dörfer sind vom Rest der Welt abgeschnitten, weil der öffentliche Verkehr nur rentable Strecken bedient. Wie sich diese Politik gerächt hat, spürt fast jeder am eigenen Leib.

Die Politiker vor Ort warten jetzt, nach der Finanzkrise, ebenfalls auf neue Antworten aus Berlin. »Das richtige Rezept heißt: in die Kommunen investieren. Ob lebenswerte Kindergärten oder ein neuer Straßenbelag, das Geld kommt direkt bei den Menschen an«, sagt Nürnbergs Oberbürgermeister Ulrich Maly. Gerade solche Investitionen könnten

verhindern, dass sich die Gesellschaft weiterhin in die falsche Richtung verändert.

Ob Hartz IV mit seinen mickrigen Sätzen, die zum Leben nicht reichen. Ob die Abschaffung der Pendlerpauschale. Oder die Gesundheitspolitik: Die von Wirtschaft und Politik geforderten Reformen haben die Solidargemeinschaft geschwächt. Meistens zulasten der Beschäftigten und zugunsten der Arbeitgeber.

Zum Beispiel die Beitragserhöhungen der Krankenkassen: Die Firmen mussten sich an den letzten Erhöhungen nicht mehr beteiligen. Ihr Anteil wurde eingefroren. Damit sind die Lasten nicht mehr paritätisch zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer verteilt.

Auch das Thema Leiharbeit ist eine Idee zugunsten der Arbeitgeber. Per Gesetz wurde die zeitliche Befristung der Leiharbeit aufgehoben und so Tür und Tor geöffnet, mehr Leiharbeiter einzustellen, diese schlechter zu bezahlen und Stammbeschäftigten zu verdrängen.

Gerecht und fair sind diese Verhältnisse schon lange nicht mehr. Es gibt aber Lösungen. Zum Beispiel der gesetzliche Mindestlohn, wo Tariflöhne nicht greifen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund macht sich zusammen mit der IG Metall stark für einen gesetzlichen Mindestlohn von 7,50 Euro. Und auch für das Thema Leiharbeit gibt es eine Lösung: »Gleicher Lohn für gleiche Arbeit«, denn das ist schließlich ein Menschenrecht. Dafür tritt die IG Metall ein und startete eine Kampagne, um für einen fairen Lohn für Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter zu kämpfen.

Lange genug wurden Gewerkschaften, Bürgerinitiativen, Kirchen, Globalisierungskritiker sowie auch Umweltschützer, die gegen die Ökonomisierung aller Lebensbereiche kämpfen, dafür beschimpft. Auch die IG Metall. Viele Vorschläge stoßen immer noch auf taube Ohren. Beispielsweise bei der Verbesserung der Steuergesetze. Einkommenssteuerreform, Pendlerpauschale, Gewerbesteuer oder Erbschaftssteuer dürfen nicht nur die Reichen be-



Foto: Frank Rumpenhorst / dpa / pa



Foto: IG Metall



Foto: Werner Bachmeier

Die Vorschläge der IG Metall für mehr soziale Gerechtigkeit

■ Stärkung des Flächentarifvertrags

An vielen Menschen ist der Aufschwung der vergangenen Jahre vorbeigegangen. Die Reallöhne sind im Durchschnitt leicht zurückgegangen. Es gibt auch Ausnahmen: Überall dort, wo starke Gewerkschaften existieren und wo es Tarifverträge gibt, wie in der Metall- und Elektroindustrie, sind die Reallöhne gestiegen.

■ Stärkung der Mitbestimmung

Die IG Metall will die Mitbestimmung erweitern. Beschäftigte sollen auch bei Investitionsplänen einbezogen werden. Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat und Betriebsräte berücksichtigen die Bedürfnisse der Beschäftigten. Sie sind nicht von kurzfristiger Renditegier getrieben, sondern stärken langfristige Unternehmensinteressen.

■ Besser statt billiger

Der Kampf um immer billigere Löhne bringt nichts. Die IG Metall macht sich gemeinsam mit Betriebsräten, Beschäftigten, Beratern und Firmenbesitzern stark, um Arbeitsplätze durch Qualität, Termintreue und innovative Produkte zu schaffen. Statt immer billigere Löhne fordert die IG Metall immer bessere Produkte.

vorteilen. Zukunftsweisende Konzepte müssen vor allem die Normalverdienenden wieder stärker berücksichtigen.

Bei vielen Themen könnte die Finanzkrise jetzt eine Chance bringen, dass die Demokratie und ihre Gestaltungskraft wieder stärker in den Mittelpunkt der Gesellschaft rücken. Die IG Metall ist ein Teil davon. »Wenn wir in Amerika Gewerkschaften wie die IG Metall hätten, dann wären wir besser dran«, betont der amerikanische Soziologe Richard Sennett. Sennetts Argument: Gewerkschaften sind Gestalter und nicht Blockierer. Deshalb schätzt der bekannte Soziologe die deutsche Mitbestimmung: »In Amerika haben die Arbeitnehmer fast gar keine Stimme in ihrem Betrieb, besonders dort, wo immer wieder umstrukturiert wurde, fühlen sich die Arbeiter nicht mehr autonom in ihrer Arbeit. Hätten wir in Amerika Mitbestimmung, wäre das anders.«

Die Gewerkschaften sind ein Gegengewicht. »Weil Gewerkschaften für unveräußerliche Werte stehen«, betont Berthold Huber.

Hubers Ziel: Die IG Metall und ihre Mitglieder müssen versuchen, der gesellschaftlichen Entwicklung eine andere Richtung zu geben. »Nicht Nervosität und hektische Vorschläge, sondern Verlässlichkeit und besonnenes Handeln sind in diesen Tagen gefragt«, rät Huber. Eine Gesellschaft hat und braucht andere Kraftquellen als nur den Profit. Gefragt sind wieder verlässliche Werte wie Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, aber auch Würde, Respekt und Anerkennung. Für diese Werte steht die IG Metall.

Und natürlich steht die IG Metall für gute Tarifverträge und anständige Lohnerhöhungen. Denn: Was zeigt mehr Respekt und Anerkennung als ein fairer Lohn? Was gibt mehr Würde als ein solider Tarifvertrag, das wichtigste Regelwerk, um den freien Fall der Löhne zu verhindern? Was ist besser für Menschen und Konjunktur als volle Portemonnaies?

»Trotz Turbulenzen auf den Finanzmärkten sowie hoher Lebensmittel- und Energiepreise

zeigen sich die deutschen Konsumenten wieder zuversichtlicher. Der Aufschwung am Arbeitsmarkt und die zurückliegenden Tarifabschlüsse tragen dazu bei«, lobte das konservative Marktforschungsinstitut GfK Anfang des Jahres die guten Tarifabschlüsse der Gewerkschaften. Klar, denn wer mehr Geld aufs Konto erhält, hat mehr Lust zum Shoppen.

Doch auf die aktuelle Tarifforderung der IG Metall haben die Arbeitgeber wieder keine besseren Antworten als Verzicht. Lohnerhöhungen für ihre Beschäftigten? Auf keinen Fall, sagt Martin Kannegiesser, Chef der Chefs im Arbeitgeberverband Gesamtmetall. Sein Credo folgt alten Botschaften: Nur Lohnverzicht sichert Arbeitsplätze, Wachstum und Wirtschaft. Aber die Manager, die am lautesen den Lohnverzicht predigen, genehmigten sich Traumgehälter. Mehr als 150 Prozent Gehaltserhöhungen gab es in den vergangenen zehn Jahren bei den Vorständen der Großunternehmen, die im deutschen Aktienindex Dax gelistet sind. Mit der Finanzkrise haben genau diese Manager ihre Glaubwürdigkeit endgültig verloren. »Diese Selbstbedienung verletzt das Gerechtigkeitsempfinden der Menschen. Sie wissen doch genau, dass es etwas zu verteilen gibt, und sie wollen, dass fair geteilt wird«, ärgert sich Berthold Huber.

In der aktuellen Tarifrunde geht es auch darum: Es geht um Gerechtigkeit und Wachstum. Vor und nach der Finanzkrise. ■

Susanne.Rohmund@igmetall.de



Foto: Walter Schmidt / Novum

■ Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

Immer mehr Beschäftigte arbeiten in unsicheren, unfairen Arbeitsverhältnissen. Zum Beispiel Leiharbeiter. Immer mehr Menschen können selbst von einem Vollzeitjob nicht leben. Deshalb fordert die IG Metall »Gleichen Lohn für gleiche Arbeit« und einen gesetzlichen Mindestlohn überall dort, wo Tariflöhne nicht greifen.

■ Stabile soziale Sicherungssysteme schaffen

Für US-Rentner wird es bitter. Die Pensionsfonds sind vom Börsencrash betroffen. Die Deutschen hingegen haben eine sichere gesetzliche Rente. Die sozialen Sicherungssysteme gilt es zu stärken, fordert die IG Metall. Aber auch eine zweite Säule muss gestärkt werden, Betriebsrenten, die von den Arbeitgebern mitfinanziert werden.

MITMACHEN EURE IDEEN SIND WICHTIG

Bitte sendet auch Ihr uns Eure Vorschläge für eine gerechtere Zukunft. Für welche Werte soll sich die IG Metall stark machen? Per Post an metallzeitung, Stichwort »Gerechtigkeitsdebatte«, Wilhelm-Leuschner-Straße 79, 60329 Frankfurt, oder per E-Mail an: metallzeitung@igmetall.de

Anzeige

**TARIFKOMMISSION SPROCKHÖVEL:**

Marco Schmidt (Mitte) und Daniela Hansen machen Power dafür, dass für Azubis 80 Euro mehr gefordert wird. SMS-Betriebsrat Wolfgang Schlabach hört zu.

TARIFVERHANDLUNGEN

Einmal Tarifrunde und zurück für

Tarifverhandlungen sind keine langweiligen Rituale beschlipster älterer Männer in grauem Tuch. Hier engagieren sich – auf IG Metall-Seite – Menschen für Menschen. Einen von ihnen hat die **metallzeitung** begleitet: Marco Schmidt. Er ist das erste Mal dabei.

Sprockhövel: »Danke, dass Ihr zu meiner Geburtstagsparty gekommen seid«, ruft Marco in die Runde. Die »Party« ist in der Bildungsstätte der IG Metall und die 118 »Gäste« sind Tarifkommissionsmitglieder. Sie sind nicht zum Feiern gekommen, sondern um zu diskutieren, was die IG Metall in Nordrhein-Westfalen in der Tarifrunde fordern soll. Es ist der 19. September. Zufällig der Geburtstag von Marco Schmidt. Der 25-Jährige ist einer der Jüngsten und das erste Mal dabei. Marco, gelernter Industriemechaniker, arbeitet normalerweise im Einkauf bei SMS Demag in Hilchenbach bei Siegen und ist dort Jugendvertreter.

Er meldet sich gleich als Erster zu Wort. Nach dem Dank für die Glückwünsche kommt er ziemlich schnell zu der Sache, die ihm besonders am Herzen liegt. Für die Azubis soll die IG Metall 80 Euro zusätzlich fordern, das bringt mehr als eine prozentuale Erhöhung. Und sie sollen genauso viel vermögenswirksame Leistungen für Altersvorsorge bekommen wie Arbeiter und Angestellte. Jetzt bekommen sie nur die Hälfte.

Das wird auch später so beschlossen. Aber erst nach einer heftigen Debatte darüber, wieviel Prozent die IG Metall für die anderen fordern soll. Die nordrhein-westfälische Tarifkommission ist die vorletzte, die ihr Votum abgibt. In den Tagen vorher haben sich alle anderen Kommissionen für die Acht entschieden. In NRW wollen einige etwas darunter bleiben. Fast 30 Kommissionsmitglieder melden sich zu Wort. Die meisten sind für acht Prozent. Also wird sie auch hier beschlossen.

Hilchenbach: Gut drei Wochen später in der Ausbildungswerkstatt bei SMS Demag. Marco ist gerade von seiner etwas verspäteten Hochzeitsreise nach Kreta zurück. Er will die Tarifforderung mit den Azubis diskutieren. Sechs Jugendliche im ersten Ausbildungsjahr

feilen an Metallstücken für einen LKW, den sie bauen sollen. »Ich fände es wirklich gut, wenn wir die vollen altersvermögenswirksamen Leistungen bekämen. Wir Jungen bekommen doch später nicht mehr viel gesetzliche Rente«, sagt Fabian, einer von ihnen. An einer Fräsmaschine unterhalten sich zwei Jungen und drei Mädchen. Alle haben ein Thema: die hohen Spritkosten. Leo, im vierten Ausbildungsjahr, verdient rund 550 Euro netto. Ein Drittel davon verschwindet an der Tankstelle. Darum wäre mehr Geld »echt gut«. Der Ausbilder kommt. Er muss loswerden, wie sehr er sich über den ersten Arbeitgeber-Vorschlag ärgert, die Beschäftigten dieses Jahr nur mit einer Einmalzahlung abzuspeisen. »Wir wollen Prozente.« Viel Überzeugungsarbeit muss Marco hier nicht leisten. Auch als er sagt, wie »wichtig es ist, dass wir alle zusammen was durchsetzen und bei Aktionen alle mitmachen«. »Ist doch klar«, sagt Azubi Sandra.

Düsseldorf: 14. Oktober, Hilton. Marco hetzt außer Atem ins Hotel, nach einer nervenaufreibenden Fahrt durch die verstopfte City. Gleich startet die erste Verhandlung. Marco gehört zur Verhandlungskommission. Neben dem Hoteleingang steht der Bus der Fußball-



AZUBIS IN HILCHENBACH:

Marco diskutiert mit Jugendlichen in der Ausbildungswerkstatt bei SMS Demag, warum sie mehr Geld wollen.



Fotos: Thomas Range

ERSTE TARIFRUNDE DÜSSELDORF:

IG Metall-Bezirksleiter Oliver Burkhard und Marco machen sich auf den Weg zum ersten Schlagabtausch mit den Arbeitgebern.

achtzig Euro – und noch mehr

nationalelf. Die Mannschaft ist für das Qualifikationsspiel gegen Wales am nächsten Tag angereist. Im Foyer wartet ein Pressepulk. Im Moment interessieren sich die Journalisten aber weniger für Jogi Löw als für Oliver Burkhard, den IG Metall-Bezirksleiter und NRW-Verhandlungsführer in der Tarifrunde. Kaum taucht er auf, halten ihm Redakteure vom WDR und ZDF ihre Mikrofone hin: Warum die Forderung so hoch ist. Weil sie in einem demokratischen Prozess zustande gekommen ist. Ob die IG Metall wegen der Finanzkrise nicht bescheidener sein müsse. »Sie werden keinen Metallbetrieb in NRW finden, der sagt, er leide unter der Finanzkrise. Die Metallindustrie muss sich nicht künstlich zum Zwerg machen.« Antwortet Burkhard und steuert mit den anderen Mitgliedern der Verhandlungskommission auf einen großen Saal zu.

Zwei Seiten lange Stuhl- und Tischreihen. Rechts nehmen rund 60 Arbeitgebervertreter Platz, links etwa 40 Metaller. Zwischen beiden Seiten ist etwa zweieinhalb Meter »Sicherheitsabstand«. Der wird aber gar nicht gebraucht. Denn heute ist der Tag des Argumente-Austauschs. Höflich lauschen die Arbeitgeber, als Metaller ihnen vortragen, dass sich die Industrie in NRW bei den Ren-

diten voll im Bundestrend befindet, die Umsätze sogar besser sind, die Produktion auf hohem Niveau liegt und die acht Prozent unter anderem dadurch finanziert werden könnten, dass die Unternehmer auf ein knappes Prozent ihrer Umsatzrendite verzichten.

Marco befürchtet, dass die Forderungen für die Azubis im Prozent-Gefeilsche der Tarifrunde »untergehen«. Darum freut er sich, als Burkhard gerade auf sie ausführlich eingeht. Wie die Arbeitgeber dazu stehen, erfährt er sofort. »Da sollten wir doch die Kirche im Dorf lassen«, sagt Horst-Werner Maier-Hunke, der Arbeitgeber-Präsident in NRW. Er ist fast doppelt so alt wie sein Gegenüber Burkhard und 45 Jahre älter als Marco. Vielleicht zu alt, um sich in Jugendliche hineinzusetzen.

Er redet ruhig, freundlich, aber klar in der Sache. »Unverantwortlich« sei die Forderung der IG Metall, sie schade dem Wettbewerb. Er sei für eine »Denkpause«. Von Denken hält Burkhard viel, von Pausen nichts. Sein Motto für die Tarifrunde laute »fair, schnell, gut«. Nach knapp zwei Stunden ist Schluss. Bei den Arbeitgebern gäb's noch was zu essen, sagt Maier-Hunke. Dieses Mal noch. Soll heißen: Wegen der hohen IG Metall-Forderung bieten sie dann nichts mehr. Die Metaller haben eh

anderes zu tun als mit den Arbeitgebern zu tafeln. »Aber bevor Sie nächstes Mal Ihre Tupper-Dose mitbringen, bringen Sie lieber ein gutes Angebot mit«, rät Burkhard Maier-Hunke noch. Marco fährt zurück ins Siegerland. »Ich bin mal gespannt, wie jetzt der Bogen gespannt wird, um zu Kompromissen zu kommen.« Bald weiß er mehr. ■

Sylvia.Koppelberg@igmetall.de

Anzeige

DER LESER HAT DAS WORT

Eine Männerzeitung**metallzeitung 10/2008, Editorial,****»Gute Politik für Metaller – daran messen wir Parteien«**

»In der neuen Ausgabe ist mir wieder aufgefallen, dass Ihr Eure Zeitung nur für die Kollegen schreibt. Da ist schon auf den ersten Seiten von Rentnern, Metallern (so Berthold Huber), Arbeitern, Facharbeitern, Ingenieuren, Altersteilzeitlern die Rede. Was ist mit uns Kolleginnen? Da können noch so viele Gesetze wie das AGG gemacht werden, die Realität bleibt männlich. Wir Metallerinnen und Metaller sollten (müssen!) es besser machen und Vorbild sein.«

Monika Weidmann, Künzelsau**Händchen halten mit Merkel****metallzeitung 10/2008, Aktuell,****»Die »Linken« in der CDU« und »Gemeinsamkeiten?«**

»NRW-Arbeitsminister Karl-Josef Laumann gehört mit Sicherheit nicht zu den Kritikern innerhalb der CDU. Im Gegenteil: Gerade dieser Mann forderte vor der letzten Bundestagswahl Arbeitszwang für alle Erwerbslosen. Heuchlerisch spricht er jetzt von der Erhöhung des »Schonvermögens« für die Altersvorsorge bei Hartz-IV-Empfängern. Als Krönung sehe ich dann noch das Foto, auf dem ein Vertreter der IG Metall mit Frau Merkel Händchen hält!«

Ulrich Achenbach, Bochum**Gegen Profitschinderei****metallzeitung 10/2008, Aktuell,****»Jeder Vierte verdient höchstens sieben Euro die Stunde«**

»Ich halte es für richtig, wie Ihr über Menschenrechte informiert: Treffend, sachlich und mit klarem Bekenntnis. Es ist ein wahres Gewerkschaftsanliegen, wenn die IG Metall für Leiharbeiter bessere Arbeitsbedingungen und faire Bezahlung fordert, wenn die IG Metall gegen diese Form der doppelten Profitschinderei auftritt. Doppelt in dem Sinne, dass Leiharbeiter unterbezahlt werden und damit auch Druck auf Stammarbeiter ausgeübt wird. Auf diese Ungerechtig-

keit muss die IG Metall noch mehr aufmerksam machen. Von selbst wird diese Form der Ausbeutung nicht verschwinden.«

Konrad Röhrich, Berlin

»Warum wird das in NRW vorhandene Zeitarbeit-Gütesiegel der IG Metall nicht flächendeckend umgesetzt? Das wäre ein guter Weg, auf die Arbeitgeber einzuwirken, um vernünftige Bedingungen für die Leiharbeiter zu erreichen. Ich habe die Erfahrung gemacht, dass vieles vom Betreuer, der für einen vor Ort zuständig ist, abhängt: Große, bekannte Unternehmen behandeln dich wie Ware. Kleine, unbekannte helfen einem, eine gerechte Bezahlung zu erhalten. Natürlich sind das Grundgesetz oder Tarifverträge nur ein Stück Papier. Leiharbeiter müssen ihre Rechte auch einfordern oder aber mithilfe ihrer Gewerkschaft durchsetzen.«

Werner O. Kramer, Lübeck**Kein Relikt der Vergangenheit****metallzeitung 10/2008, Titel,****»Tarifrunde 2008«**

»Die Globalisierung hat die Wirtschaft weitgehend unabhängig gemacht. Doch Gewerkschaften für ein nutzloses Relikt der Vergangenheit zu halten, ist verhängnisvoll. Wer das tut, akzeptiert die wachsende Kluft zwischen arm und reich und hat den Anspruch auf ein Mindestmaß sozialer Gerechtigkeit aufgegeben.«

Walter Michaelis, Bad Rappenau**Beihilfe zum Gesetzesbruch****metallzeitung 10/2008, Aktuell,****»Pflaume des Monats: Wie krank kann eine Krankenkasse sein?«**

»Das ist ein Skandal. Es ist Beihilfe zur Durchwanderung und dem Verstoß von vielen Gesetzen. Die Barmer arbeitet gegen die Interessen ihrer Versicherten. So etwas darf nicht auf kleiner Flamme gekocht, sondern muss in den Medien diskutiert werden.«

Ahmed Soliman, Wernau

MITMACHEN

SAGT UNS EURE MEINUNG

Die Redaktion freut sich über Briefe. Vor allem über kurze, damit wir zu vielen Themen die Meinung unserer Leser abdrucken können. Schreibt entweder per Post an **metallzeitung**, Stichwort Leserbrief, Wilhelm-Leuschner-Straße 79, 60329 Frankfurt, oder per E-Mail an: metallzeitung@igmetall.de. Bitte den Vor- und Nachnamen sowie den Wohnort angeben. Die Redaktion behält sich vor, Briefe zu kürzen. Ihr könnt uns auch über unser Service-Telefon erreichen. Montags bis freitags zwischen 9 und 16 Uhr unter der kostenlosen Rufnummer:

0800 – 446 38 25

LESER-FOTOWETTBEWERB



Fahrradwerkstatt im Vietnam, aufgenommen von Helmut Schuckardt. Übrigens: Dieses und viele andere Fotos findest Du auf dem Schichtkalender 2009, der dieser Ausgabe beiliegt. Auch aus den nächsten Einsendungen sucht die Redaktion wieder die besten für den Kalender 2010 aus.

Foto: Helmut Schuckardt

MITMACHEN

FOTOWETTBEWERB DER IG METALL

Schicke uns Dein Digitalfoto zum Thema: **»Mensch und Arbeit«**. Für die Veröffentlichung in der **metallzeitung** gibt es diesmal als Preis ein multifunktionales Braun Digital Radio.

Nähere Informationen und Teilnahmebedingungen zum Fotowettbewerb findest Du unter:

► www.igmetall.de/metallzeitung

ZU BESUCH BEI HEIKE RICHTER

»Ich bin keine Quoten-Frau«

Heike Richter ist die erste und einzige Produktionsmeisterin im Mercedes-Benz-Werk Untertürkheim in Stuttgart. Komplizierte CNC-Maschinen und 32 Mitarbeiter – »Das ist mein Bereich«, freut sich die 38-jährige. Ihr fachliches Können hat ihr bei »ihren Jungs« längst den nötigen Respekt eingebracht.

Da nutzen selbst geschlossene Türen nicht viel: Das Schnurren der rasenden CNC-Maschinen dringt bis in den verglasten Gruppenraum. Jeden Tag spucken sie rund 15 000 Ringelenk-Naben für die Mercedes-Benz-Antriebswellen aus. »Das ist mein Bereich«, sagt Heike Richter, 38, die erste und einzige Produktionsmeisterin im Mercedes-Benz-Werk Untertürkheim.

Vor dem Hintergrund rotierender Maschinen bilden die Äpfel auf dem Tisch im Gruppenraum einen wohltuenden Kontrast. An manchen Stielen sind die Blätter noch dran. Eine Aufmerksamkeit der Chefin? »Ich habe einen kleinen Garten«, bestätigt die Meisterin verlegen, »die Äpfel stammen von mir.« Eine nette Geste. Aber die Chefin von 32 Leuten lässt sich lieber an ihrer Arbeit messen. Dass die »Meisterin« immer wieder im Mittelpunkt steht, geht ihr ziemlich gegen den Strich. Legt diese Sichtweise doch nahe, dass sie womöglich eine Quotenstelle ausfüllt. »Ich habe die Meisterstelle aufgrund meiner Leistung bekommen, und nicht, weil ich eine Frau bin«, rückt sie zu recht.

Wer der energischen Metalllerin zuhört, glaubt ihr aufs Wort. Nicht, dass sie gerne den Chef raushängen lässt. Richter bevorzugt eher die leisen Töne und zeigt ihre fachliche Kompetenz. Das hat ihr den Respekt ihrer Leute eingebracht. »Ich arbeite gern mit meinen Jungs zusammen und habe in jetzt 18 Monaten noch keine negativen Erfahrungen gemacht.« Dabei hatte es im Vorfeld so manche Warnung gegeben, vor allem vor ausländischen Kollegen. »Alles Klischee«, sagt Heike Richter. Probleme gä-



Mit Kompetenz zur Chefin: Heike Richter

be es nur, wenn vorgegebene Quotenstellen ausgefüllt würden und die Qualifikation nicht im Vordergrund stehe.

Vielleicht hat ihr auf ihrem Weg aber auch ihre Sozialisation in der DDR geholfen. Während ihrer Schulzeit in Sachsen war die Arbeit in einer Fabrik obligatorisch. Sie musste feilen, sägen und bohren und lernte, wie es in der

alles wissen.« Bezahlen musste sie den Meisterkurs freilich selbst, und eine Stelle wurde ihr auch nicht garantiert. Na und? »Ich habe die Fortbildung doch für mich gemacht; ich wollte mich weiterentwickeln und meine Zukunft angehen.«

Klar kamen anfangs auch Ängste auf. »Ich hatte ja nur eine kaufmännische Ausbildung und keine Ahnung von der Metallbranche.« Aber die Zweifel legten sich rasch. »Wenn man offen ist, kann man fast alles lernen«, sagt Richter heute.

Natürlich ist Richter auch in der IG Metall. »Als Meisterin bin ich ja nicht der Feind meiner Leute, sondern kümmere mich um die Rahmenbedingungen.« Demnächst ist wieder mal ihre Stimme gefragt: Beim Reinigen der Maschinen klemmt es öfter mal, und es besteht Handlungsbedarf. »Wir gehen zum Teamtraining in ein Hotel«, hat die Meisterin schon entschieden, »während der Arbeit fehlt uns für so etwas die Zeit.« ■

Fritz. Arndt@igmetall.de

Anzeige

Produktion zugeht. »Ich bin heute noch dankbar dafür.« Geholfen haben aber auch die Mercedes-Personalabteilung und die Vorgesetzten. Diese wurden nämlich ziemlich schnell auf die Produktionsarbeiterin Heike Richter aufmerksam und lenkten ihren Blick auf die Meisterlaufbahn. »Ich habe immer viele Fragen gestellt«, erinnert sich Richter, »ich wollte

RECHT SO

Befristete Arbeitsverträge müssen begründet werden

metallzeitung: Arbeitgeber wollen mit befristeten Arbeitsverträgen eine höhere Flexibilität beim Personaleinsatz erreichen. Die Interessen der Beschäftigten bleiben dabei auf der Strecke: Sie arbeiten über Jahre mit ungewisser Zukunft. Doch wer die Rechtslage kennt, kann sich wehren.

Carsten Schuld: Nach dem Teilzeitbefristungsgesetz wird zwischen einer Sachgrundbefristung und einer Zeitbefristung unterschieden. Das befristete Arbeitsverhältnis endet also, wenn ein bestimmtes Datum oder aber eine bestimmte Sache erreicht wird. Eine Sachgrundbefristung kann sein: Die Vertretung anderer Mitarbeiter, die Arbeit für ein zeitlich begrenztes Projekt oder wenn ein Arbeitnehmer aus öffentlichen Haushaltsmitteln vergütet wird. In allen drei Fällen darf die Befristung lange Zeit andauern und auch beliebig oft verlängert werden. Aber nur, wenn es für die Verlängerung weiterhin einen Sachgrund gibt.

Arbeitsverträge mit Zeitbefristung dürfen maximal für zwei Jahre geschlossen und in dieser Zeit höchstens dreimal verlängert werden. Arbeitgeber müssen dafür auch keinen Grund nennen. Inzwischen werden viele Verträge zunächst befristet geschlossen. So dehnen Arbeitgeber die Probezeit auf zwei Jahre aus. Doch Arbeitnehmer sind nicht ganz schutzlos: Formale Vertragsfehler machen die Befristung oft unwirksam.

Carsten Schuld, Jurist beim DGB-Rechtsschutz, beantwortet hier jeden Monat Eure Fragen.

Diese muss nämlich schriftlich vereinbart werden, und zwar vor Beschäftigungsbeginn. Eine spätere Vereinbarung ist unwirksam, sodass der Arbeitsvertrag als auf unbestimmte Zeit geschlossen gilt. Gleiches gilt, wenn eine Zeitbefristung vereinbart wird, obwohl der Mitarbeiter bereits zuvor im Betrieb beschäftigt war oder die zwei Jahre überschritten werden. Die Verlängerung der Zeitbefristung ist zudem nur bei gleichen Arbeitsbedingungen möglich. Werden Arbeitszeit oder andere Bedingungen verändert, wird die Befristung unwirksam.

Aber Achtung: Die Unwirksamkeit der Befristung muss im Streitfall spätestens drei Wochen nach Ende des Arbeitsvertrags gerichtlich geltend gemacht werden. Sonst wird sie trotz möglicher Fehler wirksam. ■



Foto: Jürgen Hedwig

Weitere Fragen rund um den Rechtsschutz?

Die zuständige Verwaltungsstelle der IG Metall hilft weiter.

► www.igmetall.de/metallzeitung

► www.dgbrechtsschutz.de

SERVICE

Keine Praxisgebühr bei



Foto: Marcus Führer / dpa / pa

Bei Vorsorge können Patienten die zehn Euro in der Tasche lassen.

Mitglieder einer gesetzlichen Krankenversicherung müssen bei einer kassenärztlichen Behandlung zehn Euro Praxisgebühr zahlen. Davon ausgenommen: Vorsorgeuntersuchungen und Impfungen.

Vorsorgechecks sind wichtig zur Früherkennung von Bluthochdruck, Herzbeschwerden, Diabetes und Krebs. Eine frühzeitige Diagnose kann Heilungschancen erhöhen und den Verlauf einer Erkrankung günstig beeinflussen.

Viele Versicherte sind jedoch nur unzureichend über Sinn und Zweck vorbeugender Maßnahmen informiert. »Patienten wissen oft gar nicht, welche Vorsorgeuntersuchungen von den Krankenkassen bezahlt werden und dass diese Untersuchungen von der Praxisgebühr ausgenommen sind«, sagt Gudrun Matusch von der Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz. Hinzu kommt: Viele Patienten kommen gar nicht auf die Idee, dass eine Zuzahlung ohne rechtliche oder vertragliche Grundlage vom Arzt einbehalten wurde. Dabei werden die wichtigsten Vorsorgeuntersuchungen von den

Vorsorgecheck

gesetzlichen Krankenkassen übernommen und kosten folglich nichts. Für Erwachsene gibt es neben den regelmäßigen Vorsorgeuntersuchungen auch solche, die vom Alter des Patienten abhängig sind.

Je nach Alter und Geschlecht können Patienten jährlich oder alle zwei Jahre unter anderem einen allgemeinen Gesundheitscheck oder regelmäßige Untersuchungen zur Früherkennung von Krebserkrankungen wahrnehmen. Darunter fallen beispielsweise: Die jährliche Vorsorgeuntersuchung der Genitalien, Prostata und Haut für Männer ab 45 Jahre. Für Frauen ab 20 Jahre wird einmal im Jahr eine Genitaluntersuchung zur Früherkennung von Krebserkrankungen übernommen. Ab 30 Jahre kommt zur Krebsvorsorge auch die jährliche Brust und Hautuntersuchung hinzu. Für Frauen und Männer ab 35 Jahre wird alle zwei Jahre der allgemeine Gesundheitscheck zur Früherkennung unter anderem von Nieren-, Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Diabetes übernommen.

Zu den regelmäßigen Vorsorgeuntersuchungen für Erwachsene gehören außerdem: Die jährliche Zahnvorsorge und Schutzimpfungen, etwa gegen Tetanus oder Grippe. Die Schwangerenbetreuung vor und nach der Entbindung sowie drei Ultraschalluntersuchungen gehören ebenso zu den Leistungen der Krankenkassen.

Kinder und Jugendliche sind generell bis zum 18. Lebensjahr von der Praxisgebühr befreit. Für Kinder gibt es von der Geburt bis zur Volljährigkeit eine Reihe von Früherkennungs- und Vorsorgeuntersuchungen. Zudem gibt es mehrere Regelimpfungen wie Tetanus, Keuchhusten, Kinderlähmung, Masern, Mumps und Röteln. Mädchen zwischen zwölf und 17 Jahre werden auf Kosten der Kasse gegen Gebärmutterhalskrebs (HPV-Virus) geimpft.

Arbeitnehmer, die sich wegen eines Arbeitsunfalls oder einer Berufskrankheit behandeln lassen, müssen ebenso keine Praxisgebühr zahlen. Sie haben Leistungen zulasten der Berufsgenossenschaften in Anspruch genommen. Gleiches gilt für Arbeitnehmer, die beim Betriebsarzt vorstellig werden.

Als Faustregel gilt: Bei Vorsorgeuntersuchungen ist keine Praxisgebühr fällig. Zu den Leistungen zählen: Die medizinische Untersuchung, das Informationsgespräch zwischen Arzt und Patient sowie die abschließende therapeutische Beratung.

Nur wenn weitere Leistungen hinzukommen – zum Beispiel ein Rezept ausgestellt wird – muss die Praxisgebühr entrichtet werden. ■

Antonela.Pelivan@igmetall.de

Infos zur Früherkennungsuntersuchungen auf Kosten der Kasse:

► www.igmetall.de/metallzeitung

MENSCHEN, DIE BEWEGEN



Foto: Helmut G. Roos

Kicken für den guten Zweck – 500 Euro gespendet

Ordentlich Trubel in der Sporthalle: Am 11. Oktober veranstaltete der Ortsjugendausschuss der Verwaltungsstelle Mannheim ein Jugendfußballturnier. Im Vordergrund standen der Spaß und ein guter Zweck. Alle Erlöse – rund 500 Euro – gingen als Spende an den Mannheimer Förderverein »Kinder am Rande der Stadt«. 14 Mannschaften aus Betrieben der Verwaltungsstelle nahmen teil, unterstützt von einigen Spielern vom SV Waldhof. Den ersten Platz erspielten sich die Jungs von der BMW-Niederlassung Mannheim (siehe Bild). Als Zuschauer waren Kinder aus sozial schwachen Familien eingeladen, die sich über Freikarten für ein Regionalligaspiel des SV Mannheim freuten. Ein Beispiel, das Schule machen könnte. **ig**

Anzeige

Unabhängige Patientenberatung Deutschland (UPD)

■ Die UPD informiert und unterstützt bundesweit neutral und unabhängig gesetzlich krankenversicherte Patienten. In 22 regionalen und mehreren überregionalen Beratungsstellen gibt es Hilfe und Beratung. Alle Beratungsstellen und weitere Informationen im Internet unter: www.upd-online.de

■ Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf der telefonischen Beratung. Die Berater sind von Montag bis Freitag zwischen 10 und 18 Uhr unter der Rufnummer (9 ct die Minute aus dem deutschen Festnetz) **018 03-1177 22** zu erreichen.

LAUT UND LEISE

It's a free World: Film über extreme Leiharbeit

Wie »Personalvermittlung« zu Menschenhandel wird zeigt der britische Polit-Filmmacher Ken Loach in seinem neuen Film. Ken Loach hat sich mit einer Reihe sozialkritischer Filme einen Namen gemacht – unter anderem mit einem Film zu den Hintergründen des 11. September 2001.

In »It's a free World« geht es um die Personalvermittlerin Angie, die für eine Leihagentur in Osteuropa Arbeitskräfte anwirbt. Über Nacht wird sie dort gefeuert. Nach dreißig Jobs hat die

alleinerziehende Mutter die Nase voll. Mit ihrer Freundin Rose macht sie in London ihre eigene Leihagentur auf. Die »Ware«: Einwanderer, tageweise, billig und immer öfter illegal. Das Geschäft: rechtsfrei – und gewerkschaftsfrei. Für den Erfolg riskiert Angie immer mehr und lässt nach und nach alle Skrupel hinter sich. Sie gerät zwischen die Fronten zwischen knallharten Wirtschaftsbossen und betrogenen Arbeitern.

Der preisgekrönte Film kommt am 27. November in die deutschen Kinos. **de**

► www.Free-World-der-Film.de

Videos der IG Metall-Jugend online

Junge Metallerrinnen und Metalller haben kurze Filme gedreht und uns geschickt. In der September-metallzeitung hatten wir einen Video-wettbewerb gestartet. Es kamen Filme über die Ausbildung, über die Jugend- und Auszubildendenvertretung, über politische und kulturelle Projekte von Azubis im Betrieb und vieles mehr. Selbst ausgedacht,



gefilmt, vertont und geschnitten. Die Videos könnt Ihr jetzt auf der Internetseite der IG Metall anschauen – und die besten wählen. Die Macher des Videos mit den meisten Stimmen gewinnen eine »Portable Playstation«-Spielkonsole. **de**

Hier findet Ihr die Videos:

► www.igmetall.de/metallzeitung

Anzeige

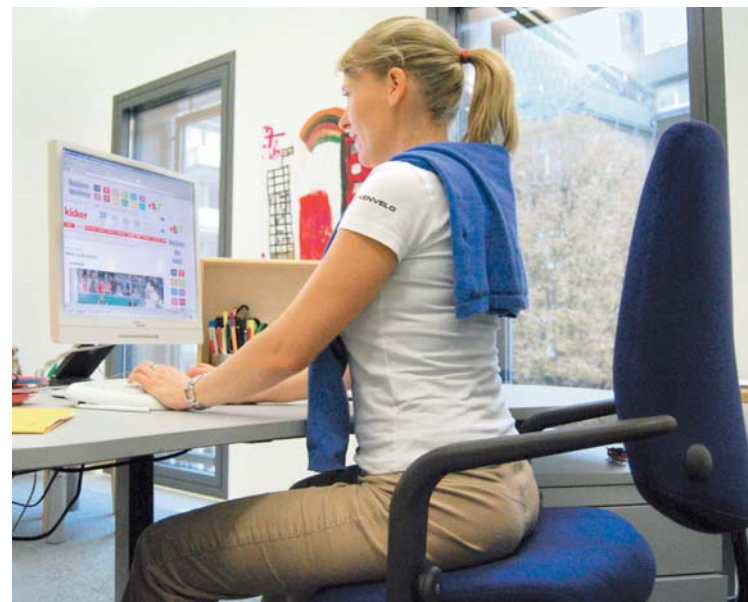
MITMACHEN

Sendet uns Eure Vorschläge: Wir veröffentlichen laute und leise Töne, Filme, Ausstellungen, Aktionen, Bücher, von IG Metall-Mitgliedern, von Leserinnen und Lesern. Die Redaktion der metallzeitung sucht Künstlerinnen und Künstler, die sich für gute Arbeit und soziale Gerechtigkeit stark machen. Die Auswahl behält sich die Redaktion vor. E-Mail bitte an: metallzeitung@igmetall.de

GUTER RAT

Bauch rein, Brust raus – richtig sitzen am Computer

Mit geradem Rücken am Computer zu sitzen ist gut. Noch besser ist es, seine Haltung von Zeit zu Zeit zu verändern.



Nicht immer, aber ab und zu: aufrecht sitzen vor dem Rechner

Wer am Arbeitsplatz oder in der Freizeit viel am PC arbeitet, sollte nicht in einer bestimmten Haltung »einfrieren«. Selbst wenn einem die Arbeit viel Konzentration abverlangt oder das Computerspiel spannend ist: Wer öfter die Sitzposition ändert, vermeidet Haltungsschäden wie etwa Muskelverkürzungen und Wirbelsäulenprobleme.

Optimale Haltung: Wer es ganz richtig machen möchte, stellt beide Füße fest auf den Boden, die Kniegelenke und die Hüftbeuge sind im rechten Winkel. Das Becken ist nach vorne gekippt (leicht in Richtung Hohlkreuz), der Rücken ist aufrecht, so als ob am Scheitel jemand zieht. Das Kinn zusätzlich leicht zum Kehlkopf reinziehen, also den Nacken nicht überstrecken. Der Blick ist etwa 30° nach unten gerichtet (siehe Schaubild). Die Tastatur steht so auf dem Schreibtisch, dass mindestens die Handballen dort aufliegen können. Kindern und kleinen Menschen empfiehlt sich eine Fußstütze.

Übrigens: Kaum einer kann den ganzen Tag in dieser Haltung sitzen! Wichtig ist es, sich zwischendurch zu entspannen, sich anzulehnen. Alles ist erlaubt, der Schneidersitz, im Stehen arbeiten, ein Sitzball. Hauptsache ab und an die Haltung verändern! »Dynamisches Sitzen« lautet die Zauberformel. ■

Ilka.Grobe@igmetall.de

Tipp: Üben mit Paul

Das Bundesgesundheitsministerium bietet auf einer Internetseite Übungen für zwischendurch an: »Pauls Schreibtisch-Übungen«. Es gibt Paul als Film, als Text sowie als Bildschirmschoner. Auch eine Druckversion steht bereit. Alle Übungen sind ganz einfach, und man kann sie direkt auf dem Schreibtischstuhl nachmachen.

► www.die-praevention.de
→ Bewegung
→ Schreibtischübungen

RÄTSEL

1	2	3		4	5		6		7	8	9
10	2			11			1		12		18
13		10	14				15	16		21	
		17			15	18		6			
19	20		14			21				22	
23				24	25	12		26	27	3	
			28				29		5		30
31	9	32			33	17			34		
		35	8	36		37	11	38		39	
40	41	13		42	43			20	44		
45			46	16			47		22	48	
49		50	23			51			52		53
		54		7		24		55	19		
56						57					4

Lösungswort:

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
17	18	19	20	21	22	23	24								

WAAGERECHT

- 1 Hoheitszeichen
- 6 2. Frau Jakobs
- 10 Lichtbild
- 11 kleines Dachfenster
- 12 in der Art von (französisch)
- 13 unwirklich
- 15 erster Ton der Tonleiter
- 17 Gewürz
- 19 Sohn des Agamemnon
- 21 französische Verneinung
- 22 Präposition
- 23 in diesem Moment
- 24 Sohn (arabisch)
- 26 Wacholderbranntwein
- 28 Stadtbürg von Athen
- 31 anglikanischer Geistlicher
- 33 Zellkernbestandteil (englisch, Abkürzung)
- 34 Tiergarten
- 35 Radiosenderanzeige (Abkürzung)
- 37 Herrenschoßrock
- 39 chemisches Zeichen für Natrium
- 40 Hirnstrombild (Abkürzung)
- 42 junges Geflügel
- 45 Hohlmaß: 100 Liter (Abkürzung)
- 46 Tanzschritt
- 47 Zufluss der Fulda
- 49 Öffnung an der Feuerungsanlage
- 52 griechische Insel
- 54 Küstenhochland
- 55 menschenfressender Märchenriese
- 56 deutscher Schauspieler (Ulrich ...)
- 57 bayerische Stadt in der Oberpfalz

SENKRECHT

- 1 amerikanischer Erfinder † (Thomas A...)
- 2 ehemalige Raumstation
- 3 Turngerät
- 4 dehnbare Gewebe
- 5 verfaultes, zu Pulver zerfallenes Holz
- 6 fotografische Nachbildung (Kurzwort)
- 7 kleines Wäldchen
- 8 norddeutscher Höhenzug
- 9 großer Krach, Radau
- 14 griechische Göttin der Morgenröte
- 16 Vorname des Ex-Beatles ... Starr
- 18 Zeitungs-, Zeitschriftenanzeige
- 20 germanischer Buchstabe
- 22 Vereinigung
- 25 Deutschland (Abkürzung)
- 27 Nebenfluss der Donau
- 28 Autozeichen für Andorra
- 29 Lehrer im Schülerjargon
- 30 Seifenoper (englisches Kurzwort)
- 31 Lokalität der Filmemacher
- 32 Boshaftigkeit, Falschheit
- 36 Rollbrettfahrer
- 38 Teledialog (Kurzwort)
- 41 Fußballmannschaft
- 43 Brauch, Gewohnheit
- 44 letzter Rest
- 46 Fahrzeugluftreifen
- 48 Zufluss der Maas (NL)
- 50 deutscher Komponist † (Werner ...)
- 51 siebter Buchstabe des griechischen Alphabets
- 53 schweizerische TV-Gesellschaft (Abkürzung)
- 55 Oberbürgermeister (Abkürzung)

Die Gewinner im September

Lösungswort: **Friedenspflicht**

Erster Preis: Ein Wochenende für vier Personen im GEW-Familienclub »Maierhöfen«

Günther Strambach, Waiblingen

Zweiter Preis: Ein original Steiff-Teddy »Fynn – im Koffer«

Anna Liewer, Gindorf

Dritter Preis: Ein »Meyers Atlas Globalisierung«

Axel Prüßner, Isenbüttel

Einsendeschluss:

25. November 2008

Die Preise im November



Erster Preis

Zwei Übernachtungen für zwei Personen im »Avalon Hotel Berlin«* – gespendet von der IG Metall-Servicegesellschaft



Zweiter Preis

Ein original Steiff-Teddy »Petsy«



Dritter Preis

Ein »Brockhaus Ernährung«

Das Lösungswort unter Angabe von Vor-, Nachname und Adresse auf eine Karte schreiben und per Post an: Redaktion **metallzeitung**, Preisrätsel, 60239 Frankfurt. Oder per E-Mail an: raetsel@igmetall.de

*Die Kosten für die Anreise nach Berlin sind vom Gewinner zu tragen.

DA GEHT WAS

Erfolgreich Mitglieder gewinnen

»Mitgliederwerbung muss Chefsache sein«, sagt Andreas Wendland, 48, Betriebsratsvorsitzender von Flender in Bocholt. Seit 1998 beherzt er das – konsequent, systematisch und erfolgreich. Mit einem Organisationsgrad von 80 Prozent ist Flender das am besten organisierte Unternehmen im Siemens-Konzern.

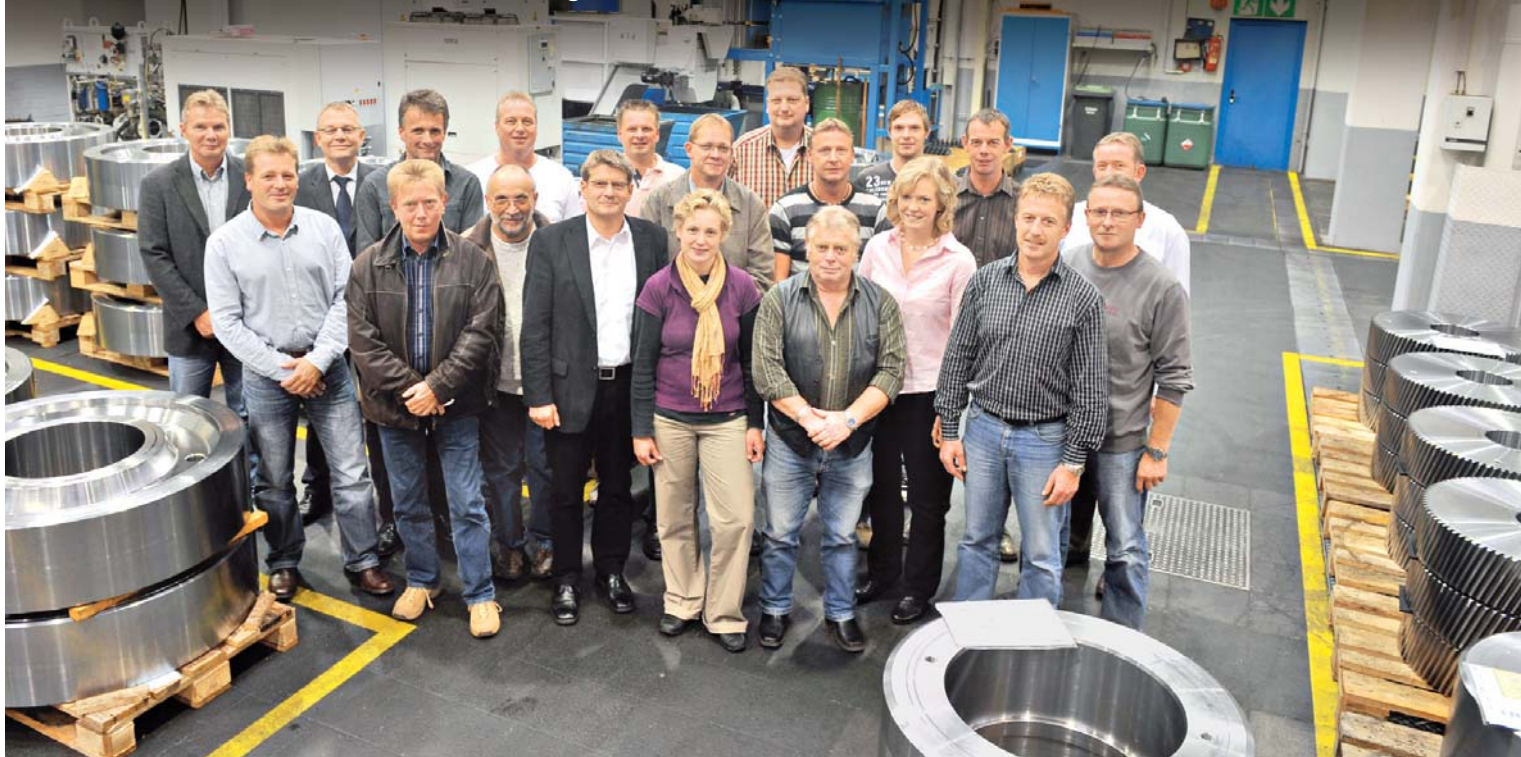


Foto: Manfred Volmer

Spitze in der Mitgliederwerbung: Andreas Wendland (mittig im Anzug) und sein Betriebsrat-Team

Im Traditionsunternehmen Flender gehört es seit jeher zum guten Ton, Mitglied der IG Metall zu sein. »Deshalb war ich überzeugt – die Welt ist in Ordnung«, erinnert sich Andreas Wendland. Doch 1998 schaute er mal genau hin, untersuchte Abteilung für Abteilung, Bereich für Bereich. Ja, in der Produktion lag der Organisationsgrad mancherorts schon bei 90 Prozent, aber nicht überall. Kurzerhand überlegten sich Betriebsrat und Jugendvertretung, Vertrauensleute und Schwerbehindertenvertretung ein Projekt: »Organisationsgrad 100«. Nichts ist so gut, dass es nicht noch besser werden könnte, dachten sich die 26 Betriebsräte und Jugendvertreter. Nach bestem Wissen und Gewissen hatten sie immer schon neue Mitglieder gewonnen, aber nicht mit System. Jetzt hatte jeder eine Liste zur Hand und

wusste genau, wer bereits organisiert ist und wer nicht.

Gezielt sprachen sie die Nichtmitglieder an. Oft war die Werbung leichter als erwartet. Denn immer wieder nannten die Befragten einen schlichten Grund, warum sie noch nicht dabei sind: »Mich hat noch niemand darauf angesprochen.«

Unter den Werbern bei Flender ist seither ein regelrechter Wettstreit ausgebrochen, berichtet Andreas Wendland. Wer über-

zeugt die meisten Beschäftigten, IG Metall-Mitglied zu werden? Alle drei Monate wird im Betriebsrat Bilanz gezogen. »Selbst da, wo man glaubt, da geht nichts mehr – da geht doch noch was«, erzählt Wendland.

Die Mitgliederwerbung ist für den Betriebsratsvorsitzenden kein Selbstzweck: »Ich kann mit dem Chef nur auf Augenhöhe verhandeln, wenn IG Metall und Belegschaft hinter mir stehen«, sagt er und deutet mit den Händen symbolisch eine Waage an. »Zwischen

Kapital und Arbeit herrscht erst dann ein – annäherndes – Gleichgewicht, wenn möglichst alle Beschäftigten gewerkschaftlich organisiert sind.« Der Flender-Betriebsrat nutzt jede Gelegenheit zur Mitgliederwerbung. Die erste und beste sei die Einstellung, denn bei Flender gehe jeder Neuling erst ins Büro des Betriebsrats. »Dann informieren wir über Tarifverträge und die Betriebsvereinbarungen, klären auf, was engagierte Interessenvertretung bedeutet.«

Von 1998 bis September 2008 hat der Betriebsrat 1135 Beschäftigte in die IG Metall aufgenommen. Fast alle sind geblieben, nur 32 sind ausgetreten. Unter den Angestellten stieg der Organisationsgrad von 30 auf 43 Prozent, unter den Gewerblichen von 89 auf 98 Prozent. Glückwunsch! ■

Norbert.Huesson@t-online.de

Zwei Unternehmen – ein Betriebsrat

- Die Flender AG, zu Siemens gehörend und mit Hauptsitz im westfälischen Bocholt, ist ein weltweit tätiger Getriebehersteller.
- Eine 100-prozentige Tochter der Flender AG ist die Winergy AG in Voerde, Hersteller von Antriebssystemen für Windräder.
- Der Flender-Betriebsrat in Bocholt ist für beide Unternehmen zuständig, er vertritt die Interessen aller 3000 Beschäftigten.

IN KÜRZE

Arbeitsunfälle

Einen Arbeitsunfall dürfen Arbeitnehmer nicht ohne Weiteres von ihrem Hausarzt behandeln lassen. Nach der Erstversorgung im Krankenhaus oder in einer Praxis müssen Verunfallte zunächst zum so genannten Durchgangsarzt. Er ist speziell für solche Fälle zugelassen und entscheidet darüber, wie die weitere Behandlung erfolgen soll. Betroffene sollten bei der ersten Behandlung – etwa im Krankenhaus – dem Arzt sofort mitteilen, dass sie einen Arbeitsunfall hatten. Sonst kann es später Probleme bei der Kostenübernahme geben. Denn für Arbeitsunfälle ist nicht die Krankenkasse des Versicherten zuständig, sondern die gesetzliche Unfallversicherung zusammen mit den Berufsgenossenschaften. Ihnen muss der Arbeitsunfall spätestens nach drei Tagen gemeldet werden.

Bildungsurlaub

Immer weniger Arbeitnehmer machen von ihrem gesetzlichen Anspruch auf Bildungsurlaub Gebrauch. Dabei ist es nicht zwingend, dass ein Fortbildungskurs direkt mit dem Beruf zu tun hat, wenn er entsprechend zertifiziert ist. Die Weiterbildung muss je nach Bundesland zwischen vier und sechs Wochen vorher angekündigt werden. Wenn zu viele Kollegen im Betrieb im Urlaub sind, dürfen Arbeitgeber die Weiterbildung ablehnen. In Bayern, Baden-Württemberg, Sachsen und Thüringen haben Arbeitnehmer keinen Anspruch auf Bildungsurlaub.

- www.igmetall.de
- Ratgeber & Bildung
- Seminare → Bildungsurlaub

Infos für Erwerbslose

Die neuesten Infos zu Hartz IV, Arbeitslosengeld I und II sowie Tipps zur Bewerbung und zum Vorstellungsgespräch bietet die Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen (KOS) an. Alle Materialien können kostenfrei von der Internetseite der KOS heruntergeladen werden.

- www.erwerbslos.de
- Rechtshilfen

TIPPS FÜR DEN JOB

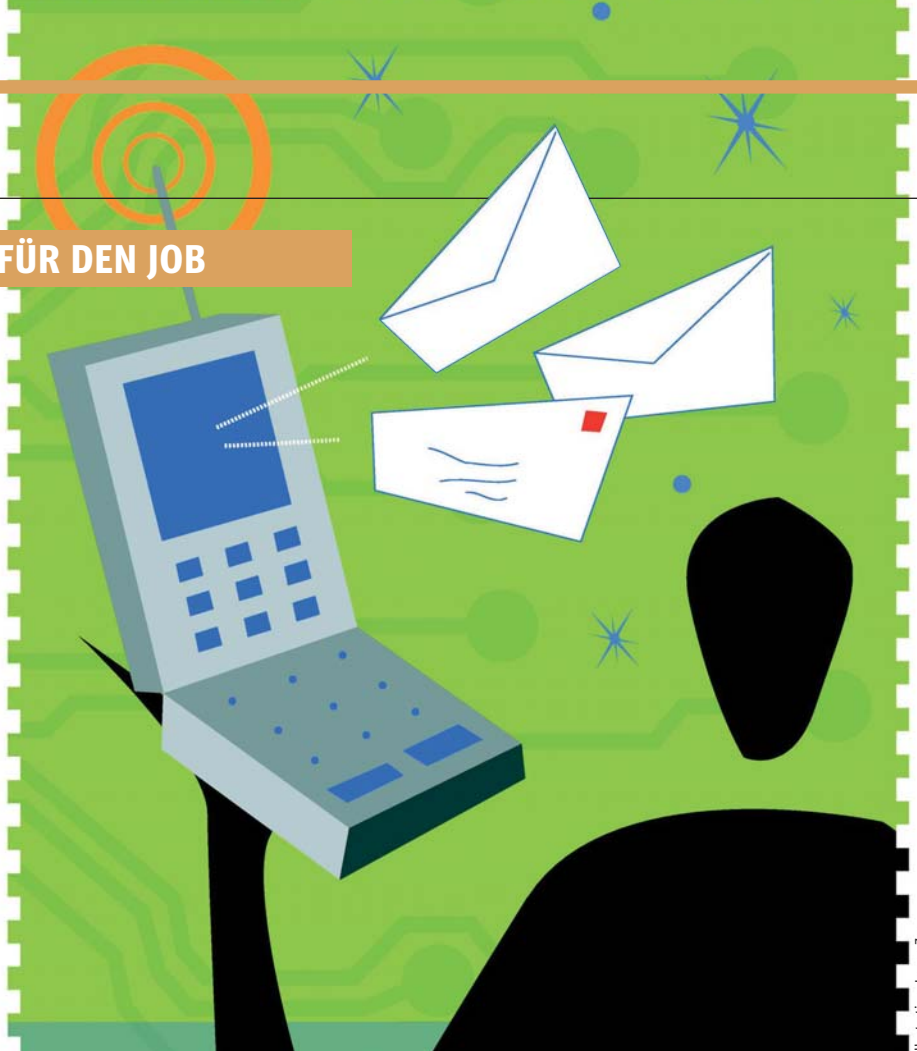


Illustration: Image Zoo

In der Freizeit abschalten!

Immer mehr Menschen arbeiten mit einem BlackBerry, Smart- oder I-Phone. Drahtlose Geräte, mit denen nicht nur telefoniert wird, sondern die auch E-Mails aus dem Büro empfangen können – leider auch während der Freizeit und im Urlaub.

Arbeiten an jedem Platz der Welt und das rund um die Uhr: Die Technik eines Blackberrys macht es möglich. Das Mobilfunkgerät gleicht ständig Daten mit dem Netzwerkrechner im Betrieb ab. Wie praktisch. Und auch wenn viele BlackBerry-User nicht freiwillig ständig erreichbar sind: Etliche reagieren auch in ihrer Freizeit auf Arbeitsaufträge vom Chef oder beantworten E-Mails von Kunden oder Kollegen.

Der Grund: Oft fehlen klare Absprachen, wie und wann solche Geräte genutzt werden sollen. Der technische Fortschritt mag den Alltag im Büro verändert haben. Wer vom Chef mit einem BlackBerry ausgestattet wird, ist aber nicht automatisch dazu verpflichtet, auch außerhalb der Arbeitszeit erreichbar zu sein.

Doch der Druck auf Arbeitnehmer, permanent auf Draht zu

sein, ist gestiegen. Selbst wenn sie frei haben, checken sie ständig ihre E-Mails oder befürchten, einen Anruf zu verpassen. Gesund ist das auf lange Sicht nicht. Grund genug, dass gesetzlich nach zehn Stunden Arbeit Schluss ist. Ein Recht, auf das immer weniger Arbeitnehmer pochen, weil sie die Grenzen der eigenen Leistungsfähigkeit immer weniger beachten.

Dabei hat der Arbeitgeber dafür zu sorgen, dass die Höchstarbeitszeit nicht überschritten und die elfstündige Ruhezeit nach dem Arbeitszeitgesetz eingehalten wird.

Wer also nicht länger von der »schwarzen Beere« tyrannisiert werden will, kann nur eines tun: Den Kasten einfach ausschalten. ■

Antonela.Pelivan@igmetall.de

- www.igmetall.de/metallzeitung

Raus aus der BlackBerry-Falle

Ohne Zustimmung des Betriebsrats dürfen Arbeitgeber den Gebrauch von Blackberrys nicht einfach anordnen. Kein Arbeitnehmer muss also mit seinem BlackBerry ins Bett. Vielmehr sollte er darauf achten, seine Freizeit oder seinen Urlaub bewusst zu genießen. Darum gilt:

- **Kernarbeitszeiten festlegen:** Es reicht aus, täglich zwei bis drei Mal das Postfach zu checken. Das sollte auch im Büro beherzigt werden.
- **Auf stumm schalten:** So wird vermieden, ständig auf ein Signal reagieren zu müssen.
- **Logout:** Das Gerät ab- oder die Online-Funktion ausschalten. So erreichen einen während der Freizeit erst gar keine E-Mails.

BESSER MIT BILDUNG

Studieren ohne Abitur – der dritte Bildungsweg

Studieren ohne Abitur ist möglich. Allerdings sind die Hürden – je nach Bundesland unterschiedlich – hoch. Eine abgeschlossene Berufsausbildung, mehrjährige Berufserfahrung plus Weiterbildung sind Voraussetzung. Fast überall gibt es Aufnahmeprüfungen mit hohen fachlichen Anforderungen oder mehrere Probesemester. In wenigen Bundesländern dürfen Meister direkt studieren. In anderen Bundesländern geht ohne Meisterprüfung gar nichts. Und: Zumeist steht den Bewerbern nur ein Studium in ihrem betrieblichen Fachbereich offen.

Mehr Durchlässigkeit im Bildungssystem fordern Experten und die IG Metall seit Jahren. Bildungsministerin Schavan hat nun angekündigt, künftig Hürden abbauen zu wollen.

Doch ohne Abi studieren geht schon jetzt einfacher: Am Fachbereich Wirtschaft und Politik der Uni Hamburg, früher »Hochschule für Wirtschaft und Politik« (HWP), gibt es einen speziellen, voll anerkannten Studiengang in sechs Semestern. Hier genügt ei-

ne Berufsausbildung oder eine vierjährige Berufserfahrung – und sogar eine vierjährige Familienentätigkeit. In der Aufnahmeprüfung ist kein fertiges Fachwissen, sondern nur die generelle Studienfähigkeit nachzuweisen. Die Fächer: Volks- und Betriebswirtschaft, Wirtschafts- und Arbeitsrecht, Soziologie.



Foto: Jens Schierenbeck / dpa / pa

Die Uni Hamburg bietet einen offenen Zugang für Studierende ohne Abitur.

Die Gewerkschaften haben die HWP mitbegründet – und jüngst für ihren Erhalt gekämpft. Viele Gewerkschafter haben hier studiert. Aber auch andere: Arbeitgeberchef Olaf Henkel, Hamburger SV-Sportchef Dietmar Beiersdorfer, TV-Moderatorin Caroline Beil.

Auch die »Akademie der Arbeit« in Frankfurt am Main ist von Gewerkschaften mitbegründet. Sie bietet ein elfmonatiges Basisstudium und weiterführende Studienmöglichkeiten: Sozialpolitik, Volkswirtschaft, Recht, Organisation und Management, Theorie und Praxis der Gewerkschaften – für gewerkschaftlich Engagierte. ■

Dirk.Erb@igmetall.de

► www.igmetall.de/metallzeitung

ÖKONOMIE MAL ANDERS

Die Verbraucher müssen es richten

Selten waren sich Wirtschaftsexperten und Gewerkschaften so einig darin, was zu tun ist, um die schwächelnde Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen: Die Nachfrage aus dem Inland muss steigen. Wirtschaftsexpertin Margit Köppen erklärt, warum es gerade jetzt wirtschaftlich vernünftig ist, dass Arbeitnehmer höhere Löhne bekommen.



Margit Köppen hält eine Rezession für unwahrscheinlich.

Die Finanzkrise muss zurzeit als Begründung für viele Probleme in der Realwirtschaft herhalten. »Bild« und andere Medien reden schon von einer Rezession. Ist es wirklich so schlimm?

Tatsache ist: Das Wachstum ist nach den letzten gesamtwirtschaftlichen Prognosen deutlich schwächer geworden. In ihren Vorhersagen vom Oktober gehen die Wirtschaftsforschungsinstitute von einem Plus von 0,2 bis zu einem Prozent im kommenden Jahr aus. Die Rede ist, wohlgeachtet, von Wachstum. Eine Rezession würde bedeuten, dass die Wirtschaft schrumpft.

Doch das kommt nur unter den allerschlechtesten Bedingungen

infrage, so das Herbstgutachten der Wirtschaftsinstitute. Dann nämlich, wenn die gesamte Weltwirtschaft in die Rezession geraten würde und es zu einer Ausweitung der Finanzkrise käme. Das Gutachten wurde aber geschrieben, bevor die Bundesregierung ihr Hilfspaket von 500 Milliarden Euro für die Finanzmärkte schnürte.

Inzwischen sind weltweit Milliarden schwere Rettungsaktionen in die Wege geleitet. Damit müsste sichergestellt sein, dass das Kreditssystem nicht zusammenbricht und Unternehmen und Haushalte weiter die Kredite erhalten, die sie brauchen. Dann ist die direkte Ansteckungsgefahr für die Real-

wirtschaft gebannt – auch wenn die Börsen es noch nicht ganz wahrhaben wollen.

Wie gut es der deutschen Wirtschaft 2009 gehen wird, hängt von einer Reihe von realen Faktoren ab. Es ist Zeit, aus den Fehlern der letzten Jahre zu lernen. Die Saat für den konjunkturellen Abschwung wurde in den guten Zeiten gelegt: Der Aufschwung der Jahre 2004 bis 2007 ist nie bei den Menschen angekommen. Es war der erste Aufschwung der Nachkriegsgeschichte, in dem die Einkommen in der Gesamtwirtschaft gesunken sind und der private Konsum fast stagnierte – und das, obwohl die wirtschaftliche Leistung, das Bruttoinlandsprodukt, deutlich gewachsen ist. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer arbeiteten fleißig, sodass die von ihnen geschaffene Menge von Gütern und Dienstleistungen um fast acht Prozent zunahm.

Die Einkommen aller Arbeitnehmer, Arbeitslosen und Rentner zusammen sind aber zwischen 2004 und 2007 nicht gestiegen, sondern nach Abzug der Inflation um vier Prozent gesunken. Sie konnten sich also von den Kühlschränken, Autos und anderen Gütern, die sie mehr produziert hatten, überhaupt nichts kaufen. Zum Glück für die deutsche Wirtschaft sprangen die Konsumenten in den USA, bei den europäischen Handelspartnern und in den Schwellenländern ein. Die Exporte wuchsen um 44 Prozent.

Nun geht dem Ausland die Puste aus. Die Verbraucher in den USA können nicht wie früher immer mehr Schulden machen. Und wichtige Handelspartner in Europa wurden Opfer von Finanz- und Immobilienkrisen. Ob die Exporte 2009 nur um 0,9 oder doch um 2,9 Prozent wachsen, darüber sind sich die jüngsten Gutachten nicht einig. Es hängt auch davon ab, wie stark China, Indien, Russland und die Öl exportierenden Länder Nachfrageausfälle ausgleichen. Zweistellige Wachstumsraten wird es jedenfalls nicht geben.

Was also tun? Alle Hoffnungen liegen nun auf den deutschen Verbrauchern. Da sind sich Wirtschaftsforscher und -verbände plötzlich einig. Denn warum sollten Unternehmen mehr produzieren und investieren, wenn sie nicht wissen, wer 2009 kaufen wird. Die Kundschaft müssen sie jetzt zu Hause suchen. Auch die Metallarbeitgeber sollten einsehen, dass man ein neues Auto nur kaufen kann, wenn der Geldbeutel es zulässt. Die Kassen der Metallunternehmen sind gut gefüllt.

Wenn zusätzlich noch mehr öffentliche Zukunftsinvestitionen, etwa in die Bildung und die öffentliche Infrastruktur, die Binnennachfrage stärken, kann die deutsche Wirtschaft endlich einmal auf die eigene Kraft bauen. Dann gibt es für Rezessionsängste keinen Grund. ■

Margit.Koeppen@igmetall.de

Zur Person

Margit Köppen leitet das Ressort Wirtschaft und Statistik im Bereich Wirtschaft, Technologie, Umwelt beim IG Metall-Vorstand. Sie hat an der Universität Bremen bei den Professoren Rudolf Hickel und Jörg Huffschild promoviert. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind allgemeine Wirtschaftspolitik, Finanzmärkte und Globalisierung.

VON A BIS Z: DAS STICHWORT

Q Gesundheitsfonds

Mit dem Gesundheitsfonds setzt die Koalition im kommenden Jahr einen zentralen Baustein ihrer Gesundheitsreform um. Für die Versicherten bedeutet das vor allem eins: Es wird mal wieder teurer.

Der Gesundheitsfonds ist der neue Geldverteiler des Gesundheitssystems. Erhoben bislang die einzelnen Krankenkassen ihre Beiträge selbst, so wird ihnen jetzt aus dem Fonds eine bestimmte Summe zugewiesen. Wieviel Geld jede einzelne Kasse bekommt, berechnet sich unter anderem nach dem sogenannten »morbidityorientierten Risikostrukturausgleich«. Dazu hat der Gesetzgeber 80 Krankheiten festgelegt, die besonders schwerwiegend sind, chronisch verlaufen und deren Behandlung sehr viel kostet. Für diese Patienten erhalten die Kassen mehr Geld. Beim alten Risikostrukturausgleich berechneten sich höhere Risiken anhand der durchschnittlichen Beitragshöhe, dem Alter und dem Geschlecht der Versicherten.

Der Fonds speist sich aus den Beiträgen der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber sowie einem staatlichen Zuschuss. Die Höhe des Beitragssatzes wird für alle Versicherten einheitlich von der

Bundesregierung festgelegt. Wie bisher zahlen Arbeitnehmer 0,9 Prozent mehr als Arbeitgeber. 2009 fließen vier Milliarden Euro aus Steuermitteln in den Fonds. Der Bundeszuschuss soll jährlich um 1,5 Milliarden bis auf 14 Milliarden Euro steigen.

Zum Start des Fonds am 1. Januar 2009 hat die Bundesregierung einen Beitragssatz von 15,5 Prozent festgelegt. Damit zahlen die meisten Versicherten deutlich mehr für ihre Gesundheit. Denn der durchschnittliche Beitragssatz liegt heute bei 14,9 Prozent. Doch

für die Versicherten könnte es sogar noch teurer werden. Wenn die Kassen mit ihrem Geld nicht auskommen, können sie Leistungen streichen oder einen Zusatzbeitrag bei den Versicherten erheben. Zwar darf dieser Beitrag ein Prozent des Einkommens nicht übersteigen, er geht aber allein zu Lasten der Beschäftigten. Arbeitgeber müssen diese Finanzlöcher nicht mehr stopfen. ■

Fabienne.Melzer@igmetall.de

Ansprechpartner, Materialien und Infos gibt es im Internet:

► www.igmetall.de/metallzeitung

Der Fonds löst keine Probleme

Aus Sicht der IG Metall ist der Gesundheitsfonds kein geeignetes Mittel, um die Probleme der gesetzlichen Krankenversicherung zu lösen. Sie fordert stattdessen die Einführung einer Bürgerversicherung. Nur so lasse sich das Gesundheitssystem nachhaltig und gerecht finanzieren. Dazu müssen unter anderem Beamte, Freiberufler und Selbstständige in die gesetzliche Krankenversicherung einbezogen und Beiträge auch auf Vermögen erhoben werden. Auf der Ausgabenseite müsse die Bundesregierung ebenfalls nachbessern und den Kostenanstieg, etwa bei Medikamenten und Honoraren niedergelassener Ärzte, begrenzen.

Wenn Arbeit krank macht

Auch im 21. Jahrhundert machen schlechte Arbeitsbedingungen krank. Der Bundesverband der Betriebskrankenkassen (BKK) hat in einer Studie die Kosten dieser Erkrankungen addiert und kam auf jährlich rund 44 Milliarden Euro. Häufigste Belastungsfaktoren sind das Heben von Lasten und geringe Handlungsspielräume – zum Beispiel infolge monotoner Arbeitsabläufe.

Die meisten Menschen leiden aufgrund der Arbeitsbelastung an Rücken-, Gelenk- und Muskelerkrankungen. Viele werden arbeits- und erwerbsunfähig. Besonders betroffen sind Männer, die als Schmelzer, Elektroteilmontierer oder Metallarbeiter tätig sind.

Auch wenn hohe Arbeitsbelastungen nicht gänzlich zu vermeiden sind, beinhaltet die BKK-Analyse wichtige Hinweise für eine wirksame Vorsorge. »Ließen sich durch Präventionsmaßnahmen die Belastungsspitzen etwa durch den Einsatz von Maschinen vermeiden, so könnten jährlich drei Milliarden Euro an direkten Krankheitskosten gespart werden«, schätzt der Verband.



DAS LETZTE



Die Kosten für Freds Stiftzähne
hat voll die Kasse übernommen.

